

Leipzig NEUE

LINKE ZWEIFACHWOCHEENZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

■ Deutschland und die Welt

Dokumentiert: Kriegsflughafen Schkeuditz

Kommentiert: Belarus

Recherchiert: Kongo

Seite 3

■ Die geschundene Jahn-Allee

Luftschlösser und Ruinen –
und ruinierte Anwohner

Seite 5

■ Frieden oder neue Intifada

Wie werden sich die neugewählten Regierungen

Israels und Palästinas zueinander verhalten?

Seite 9

■ Thälmann-Gedenken

Erinnerungen eines Hamburgers zum

120. Geburtstag des Arbeiterführers

Seite 12

7

2006

Nur
ein
Euro!

14. Jahrgang
7. April

www.
leipzigs-
neue.de

Frohe Ostern und ein munteres

FrühLINKS erwachen



Foto: Wart

Rechtsorientierten Politikern ist für ihre Offensiven jede Jahreszeit gut. Diesmal aber trifft es sich, dass im März drei Landtagswahlen über die Bühne gegangen sind und es für sie Zeit wird, nach den vielen Kompromissen und verwaschenen Wahlaussagen endlich zur Sache zu kommen und – soweit verträglich – Klartext zu reden. Sie sehen jetzt die Zeit gekommen, in die Offensive zu gehen, um durch neue, angeblich unumgängliche Einschnitte in soziale Standards und das Festzurren bisheriger unsozialer Maßnahmen auch künftig hohe Unternehmensprofite zu sichern.

- Bei der Gesundheitsreform geht es offenbar nur noch darum, die weitere Belastung der Bürger bei der Schließung des drohenden Finanzlochs der gesetzlichen Krankenversicherung von acht bis zehn Milliarden Euro möglichst glaubhaft zu begründen.

- Festgehalten wird an der Mehrwertsteuererhöhung, über sozial orientierte Alternativen denkt auf der Regierungsbank und in den regierenden Parteien niemand nach.

- In der Arbeitsmarktpolitik gibt es ein starres Festhalten an der von Rot-Grün auf den Weg gebrachten Reform mit ihren Niedriglöhnen. Neue Ideen zur wirklichen Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit kommen nicht auf den Tisch.

Dabei wissen die Feldherren (und -damen) dieser Offensive durchaus, wie wenig frontal und massiv sie voranschreiten dürfen, wie sehr sie darauf bedacht sein müssen, ihre Pläne behutsam und in einem durchaus längerem Zeithorizont zu realisieren. Denn sie kennen das Widerstandspotential.

Das Frühlinkserwachen bei den Betroffenen ist keinesfalls ganz allgemein und ist nicht frei von teilweiser Frühjahrs Müdigkeit, aber es ist immer deutlicher spürbar: Der vielgestaltige Lohnraub, nicht zuletzt durch Ausweitung der Arbeitszeit, wird immer weniger hingenommen.

- Beschäftigte kommunaler Dienstleister haben – noch vor Frühjahrsbeginn – in vielwöchigen Streiks eine hohe Standfestigkeit bewiesen.

- Streikende Ärzte lassen sich durch drohenden Stellenabbau nicht einschüchtern.

- Metaller, vor allem die Autobauer als deutsche Vorzeigebbranche, darunter die Leipziger BMW-Arbeiter, begannen in großer Breite mit Warnstreiks. All diese Kämpfe haben noch kaum eine gesellschaftsgestaltende Kraft, es sind vor allem Abwehrkämpfe. Die Streikenden und Protestierenden haben zumeist nur sehr naheliegende Ziele im Auge, ihre Widerstandskraft ist nicht unerschöpflich, noch oft genug hindert Frühjahrs Müdigkeit viele am Munterwerden. Aber das ist nun einmal eine Eigenart linken Erwachens: Es kommt nicht mit einem Schlag, sondern ist Ergebnis angereicherter Erfahrung, die von Jahr zu Jahr, jedes Frühjahr, jeden Sommer, jeden Herbst und jedem Winter etwas zunimmt. Getrennt Marschierende kommen sich näher, vereinigen sich, bislang Unberührte werden in die Gefechte hineingezogen und diese selbst werden immer hartnäckiger. Also: Frühling ist jedes Jahr und Frühlinkserwachen gibt es zu jeder Jahreszeit. Und immer ist es ein Schritt hin zu einer wirklich sozialen Welt.

• GÜNTER LIPPOLD

Auf ein Wort bitte



MARTIN LESCH,
Gewerkschafts-
sekretär bei Ver.di

... schreibt
zusammen mit
anderen Linken in
dieser LN-Rubrik

Mandatszeitbegrenzung

Beim Bundestag haben sich derzeit Vertreter von 1958 Organisationen, von ABDA (Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände) bis ZVOB (Zweckverbund Ostdeutscher Bauverbände) als Lobbyisten registrieren lassen. Diese widmen sich intensiv der „politischen Landschaftspflege“ und versuchen mit ausführenden Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen, mit Vorschlägen und „Gutachten“ die anstehenden Entscheidungen der Abgeordneten zu beeinflussen. Dabei können sie zum Teil beträchtliche Erfolge vorweisen. Auch mit Spenden zugunsten von Parteien und einzelnen Abgeordneten wird so manche „Gewissensentscheidung“ im Bundestag in die

gewünschten Bahnen gelenkt. Durch Einladungen zu kulturellen und gesellschaftlichen Veranstaltungen werden die Bäuche mancher MdB nicht nur gefüllt, sondern vor allem gehörig gepinselt.

Bedenkt man darüber hinaus, welchen Einfluss die Partei- und Fraktionsspitzen bei der Aufstellung der Landeslisten ausüben, deren Reihenfolge über den Einzug der KandidatInnen in das Parlament entscheidet, wird nachvollziehbar, warum Veränderungsprozesse über die parlamentarische Ochsentour so unendlich zäh sind und nur zu oft versickern. Viele MdBs sind, je mehr Jahre sie in den Parlamentsbetrieb integriert sind, in und mit dem damit verbundenen Beziehungsgeflecht derart verstrickt, dass die politischen Inhalte ihres Handelns nur zu oft dem Wiederergertern des begehrten Parlamentssitzes untergeordnet werden. Schließlich haben sie bei der derzeitigen Regelung ihrer Altersversorgung schon nach zwei Legislaturperioden einen Versorgungsanspruch in einer Höhe, die Otto Normalverdiener zumeist auch nach 45 Arbeitsjahren nicht erreichen kann. Kein Wunder, dass bei vielen, und leider auch bei NachwuchspolitikerInnen aller Couleur, das insgeheime Motto „Früh krümmt, was sich ein Häkchen werden will“ zur bestimm-

menden Maxime ihres Handelns wird. Hier könnte eine gesetzliche Begrenzung der Mandatszeit der Abgeordneten auf zwei, maximal drei Amtsperioden dazu beitragen, dass aufgrund der absehbaren Höchstdauer manche Verbiegungen und Verbeugungen unterbleiben. Würde die Mandatszeitbegrenzung mit der Einbeziehung der MdB in die gesetzliche Sozialversicherung ergänzt, hätten auch diejenigen, die gerne mit Verweis auf die Unterbrechung beruflicher Karrieren die Notwendigkeit der üppigen Altersversorgung und sonstiger fragwürdiger Privilegien „begründen“, deutlich schlechtere Karten: Wer nach einer bis maximal drei Amtsperioden aus dem Bundestag ausscheidet, gleichgültig ob durch Ausbleiben der Wiederwahl oder wegen der Mandatszeitbegrenzung, hätte einen Anspruch auf Arbeitslosengeld aus der früheren MdB-Tätigkeit. Vielleicht hätte schon die Möglichkeit, dass – wie im richtigen Leben – eine Karriere auch durch äußere Einflüsse unter- bzw. abgebrochen werden könnte, Einfluss darauf, welche gesetzlichen Regelungen man erwerbslosen Mitmenschen zumutet. Schade, dass auch in der Linkspartei derzeit über Mandatszeitbegrenzung nicht mehr nachgedacht wird.

Splitter aus der jüngsten Stadtratssitzung

OBM Burkhard Jung übernimmt Geschäfte

Allerdings noch ohne Stimmrecht im Rat und Vereidigung leitet der neu gewählte OBM Burkhard Jung (SPD) ab sofort die Geschicke im Rathaus. Obwohl die offizielle Rede und seine feierliche Amtseinführung aussteht, trug er erste Gedanken zu seiner Amtsführung vor. Er wolle glaubhaft, aufrecht und kompetent das Vertrauen der Bürgerschaft gewinnen und deren Interessen vertreten. Basis der Zusammenarbeit im Stadtrat sei nicht ein Einzel- oder Parteiinteresse, sondern das Beste für die Stadt.

In der Finanzlage sieht er die Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit der Kommune, wobei die Arbeitslosigkeit mit den damit verbundenen Sozialausgaben die größte Herausforderung seien. Politik sähe er nicht als Verwalten der aktuellen Probleme, sondern als Gestalten der Geschicke der Stadt. Vor allem dürfe die Zukunftsfähigkeit nicht aus den Augen verloren werden. Bei personellen Entscheidungen gelte es, Menschen auszusuchen, die ihr Bestes für Leipzig geben, zu allererst zählten fachliche und menschliche Qualitäten.

Amazon-Ansiedlung

Der Wirtschaftsbeigeordnete Detlef Schubert informierte, dass die zügige verwaltungsinterne und parlamentarische Bearbeitung des Amazon-Antrages erfolgreich war. Sie zählte für den Investor neben der zentralen Lage und Verkehrsanbindung wie Flughafen als wesentliches Standortkriterium.

Fünf Kindereinrichtungen

Die Stadtverwaltung ist dabei, fünf neue Kindereinrichtungen zu schaffen, so in Wiederitzsch, im Uniklinikum und in der Nähe der Thomasschule und Alumnat, um auch die Nachwuchsförderung für die Thomaner zu unterstützen.

1. Mai – nazifrei!

Neonazi Worchs Truppen wollen am 1. Mai wieder in Leipzig einfallen. Stoppen kann sie nur wieder eine Sitzblockade entschlossener Leipziger, so wie am vergangenen 1. Oktober. Immer dienstags um 19 Uhr trifft sich ein Bündnis im linXX-net, Bornaische Str.3d, um diese antifaschistische Aktion vorzubereiten. Jeder, der Nazis in unserer Stadt satt hat (und hoffentlich nicht nur, weil die Stadt angesichts einer Fußball-WM das Gesicht verlieren könnte, wie manche begründen) ist eingeladen.

Worch hat in einem Leipzig-Konzept „neue, kreative, innovativ und phantasievolle Wege“ angekündigt, um endlich das Völkerschlachtdenkmal zu erreichen. Der Haufen will sich in zwei gleichstarke Züge auflösen, um es „politischen Gegnern schwer zu machen, die Demonstration(en) zu blockieren. Denn in den letzten vier-einhalb Jahren erreichte mehr als ein Dutzend Demonstrationen in Leipzig durch behördliche Sturheit und Schikane oder aber durch gegnerische Blockaden bis hin zu massiven Gewalttätigkeiten nicht das angemeldete Ziel“, wie er schimpft. Und so soll's auch bleiben! • mx

Erster Warnstreik bei BMW-Leipzig

LN. Über 80 000 Metaller beteiligten sich bundesweit seit dem 28. März, nach Beendigung der Friedenspflicht, an Warnstreiks. Als erste stoppten die über 1000 Mitarbeiter des BMW-Werkes in Leipzig die Montagebänder. Geschlossen marschierten sie mit IG Metall-Fahnen und Transparenten zur Kundgebung ihrer Industriegewerkschaft. Sie haben es satt, dass sich die sogenannte Arbeitgeberseite provokant reaktionslos zeigt und glaubt, die Forderungen der Metaller aussetzen zu können. Weshalb der Warnstreik nicht zuletzt ein Signal an sie ist, endlich mit ernsthaften Angeboten die Verhandlungen mit der IG Metall aufzunehmen. Das Ziel der Metaller sind 5 Prozent mehr Lohn. Solidarisch unterstützt wurden die BMW-Werker von zahlreichen Delegationen anderer Metallbetriebe, so von den Kirow-Werken, und von



Mitarbeiter des BMW-Werkes Leipzig bestanden mit Warnstreik eine erste Bewährungsprobe
Foto: Märker

Gewerkschaften wie Ver.di und NGG. Solidarität übten durch ihre Teilnahme u. a. der Leipziger Linksparteivorsitzende Volker Külow; der Sprecher der Linkspartei-AG betrieb&gewerkschaft, Walter Schäfer sowie Enrico Stange, WASG. Die Kundgebung demonstrierte auf erfrischende Weise den

großen Willen der Metaller, ihre berechtigten Forderungen wenn notwendig, auch mit unbefristeten Streiks zu erkämpfen. Für die Mitarbeiter des BMW-Werkes Leipzig war dieser erste Warnstreik seit dem kurzen Bestehen des Betriebs eine gelungene Bewährungsprobe ihrer Kampfkraft.

In Berlin ist die Hölle los

Links-Senator Flierl zu „demagogischem“ Auftreten von MfS-Funktionären

zu lassen, wie er es denn hätte tun sollen? Polizei anfordern? Oder die Bundeswehr? Die Berliner Zeitung offenbarte, dass jede Sache zwei Seiten hat, auch eine Zeitungsseite. Auf der einen – mit der laufenden Nummer 3 – attackierte sie Flierl, der sich nicht gebührend für seine Zurückhaltung entschuldigt habe. Dabei hatte er – laut Berliner Zeitung – gesagt: „Der Senat verurteilt das ‚demagogische Auftreten früherer leitender Stasi-Funktionäre‘ und: ‚Ihre Lebenslügen entlarven sich selbst‘ ... man müsse allerdings künftig bedenken, wie der ‚militanten Präsenz‘ dieser Gruppen entgegenzutreten sei.“ Vielleicht doch Polizei? Auf der Zeitungsseite mit der laufenden Nummer

4 bekannte eine Kommentatorin: „Aber auf die einfache Frage: Dürfen die Verantwortlichen für jahrzehntelange Menschenrechtsverletzungen sich öffentlich äußern? kann es im Ernst nur eine Antwort geben: Ja. Sie dürfen.“ Und sie dürfen erst recht sagen, was der Spiegel wiedergab: „Es habe mehr als 30 000 Ermittlungsverfahren gegen ehemalige MfS-Mitarbeiter gegeben, triumphierte Ex-Oberstleutnant Wolfgang Schmidt, früher zuständig für die Bespitzelung der Opposition. ‚Doch in nur 20 obendrein fragwürdigen Fällen ist es zu einer Verurteilung gekommen.‘ Dieses Ergebnis, tönt Schmidt, ‚rechtfertigt in keiner Weise unsere Stigmatisierung

als Verbrecher, Terroristen, Mörder oder Folterer.“

Was an dieser sachlichen und auch überzeugenden Auflistung „demagogisch“ sein soll, wird Flierls Geheimnis bleiben, denn Zahlen ist nur mühsam Demagogie anzudichten. Und wenn Schmidt vorgeworfen wird, er habe „Opposition bespitzelt“, ließe sich zum Beispiel die Frage aufwerfen, was ein Mr. Hood schon in den vierziger Jahren in Los Angeles im Sinn hatte, als er Spitzel vor Brechts Haustür postierte, die jedes vorfindende Auto weitermeldeten, seine Briefe öffnen ließen und sein Telefon überwachten. Ein kleiner Berliner Verlag (spotless -LN) übersetzt gerade die Spitzelberichte, die allerdings keineswegs unbekannt sind. Aber wer redet schon über solche Tatsachen? In Berlin jedenfalls dieser Tage niemand.

• KLAUS HUHN

In Berlin ist die Hölle los! Wahnsinn! Der jüngste Fall: Auf die unselige Stasi-Gedenkstätte in Hohenschönhausen – Attraktion eine schlecht erfundene „Wasserfolter“ mit Bedienungsanleitung von Karl May – soll demnächst weiträumig mit Gedenktafeln aufmerksam gemacht werden. Als man das angeblich mit der Bevölkerung erörtern wollte, erschienen die Linkspartei-Bürgermeisterin Emmrich und der Linkspartei-Senator Flierl, aber auch Bürger, die der Spiegel so beschrieb: „Ein Trupp von 200 Ex-Tschekisten suchte ein Hearing ... heim. ... Dann ergriffen die betagten Herren das Wort ... und wetteten los: ein schwer erträgliches Schauspiel für die anwesenden Stasi-Opfer.“ Noch unerträglicher erschien einigen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, dass Senator Flierl dem Stasi-Treiben kein Ende bereitet hatte, ohne wissen

Deutschland und die Welt

Fall 1, dokumentiert:

Nein zum NATO-Kriegsflughafen Leipzig!

Durch Bruch des Völkerrechts wird Messestadt zum Logistikkreuz für künftige Kriege

Gegen die am 23. März begonnene Stationierung von zwei Maschinen des größten derzeit in Europa eingesetzten Militärtransportflugzeugs Antonow auf dem Flughafen Leipzig/Halle und die damit einhergehende dauerhafte Bereitschaft, sie und weitere vier in Wartestellung für Transporte von schwerem Militärgerät in Krisengebiete weltweit einzusetzen, protestieren wir entschieden“, heißt es in einer Erklärung der vier Linkspolitiker Tobias Pflüger, Mitglied EP; Dr. Barbara Höll, MdB; Dr. Volker Külöw und Dr. Monika Runge, MdL Sachsen.

Sie schreiben weiter: „Es ist eine erbärmliche Pervertierung des Werbespruchs vom ‚Interkontinentalflughafen‘ Leipzig/Halle, wenn das Interkontinentale in seinem Anspruch zuerst durch den Transport von schwerem NATO-Kriegsgerät in alle möglichen Krisengebiete der Welt zum Tragen kommt. Inter-kontinental darf nicht gleichbedeutend mit weltweiter Intervention werden.“



Linke, WASG und Mitglieder der Bürgerinitiative gegen Fluglärm protestierten gegen die Antonow-Stationierung. Foto: Märker

Bei der Umwandlung eines Teils des Flughafens Leipzig/Halle in eine logistische Basis für die Umsetzung neuer globaler Militärstrategien der NATO handelt es sich um einen eklatanten Bruch des Völkerrechts. Denn beide deutsche Staaten und die vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs waren im Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 ausdrücklich übereingekommen, dass keine NATO-Truppen auf ehemaligem DDR-Gebiet stationiert werden und dass schwere Angriffswaffen des Bündnisses hier nichts zu suchen haben.

Besonders verwerflich ist, dass die Flughafengesellschaft die Öffentlichkeit über die wahren Hintergründe der Antonow-Stationierung systematisch im Unklaren gelassen hat und sämtliche Aufmerksamkeit auf den Ausbau des zivilen Luftfrachtknotens lenkte. Die Installation von strategischer Lufttransportkapazität auf dem Flughafen Leipzig/Halle geht einher mit einem chroni-

schon Informationsdefizit bei den Anwohnern im nahen und weiteren Umfeld des Flughafens, insbesondere in der wichtigen Frage, welche Gefahren und Belästigungen mit solchen militärischen Abenteuern verbunden sind. Leipzig, das sich viel darauf zugute hält, die Stadt der friedlichen Revolution zu sein, darf seinen Ruf in der Welt nicht durch die Umwandlung in eine NATO-Drehscheibe für künftige Kriege leichtfertig verspielen.

Die geplanten Transportflüge für schwer bewaffnete Kampfgruppen der NATO und ihre Ausrüstung dienen keineswegs der Verteidigung der Freiheit, sondern als Unterstützung für die ungeschminkte Machtausübung der NATO in aller Welt und der Vorbereitung und Durchführung neuer Kriege. Die Linkspartei.PDS wird daher auch weiterhin parlamentarisch und außerparlamentarisch gegen diese gefährliche Entwicklung energisch Widerstand leisten.“

Fall 2, kommentiert:

Belarus – eigentlicher Adressat ist Moskau

In der dritten Dekade des Monats März 2006 scheiterte der Versuch der USA und der westeuropäischen Großmächte, den am 19. März 2006 in einer durch Rekordbeteiligung gekennzeichneten demokratischen und freien Wahl mit einer Stimmenmehrheit von 82,6 Prozent wiedergewählten Präsidenten Weißrusslands, Alexander Lukaschenko zu stürzen – durch Drohungen und offene Einmischung und mit Hilfe einer eigens unterstützten und finanzierten Oppositionsgruppe im Lande.

Insbesondere die westlichen Medien zeichneten ein Bild von Druckausübung auf die Wähler, Manipulation und Betrug. Weshalb die Wahlen als „ungültig“ und „nicht akzeptabel“ zu gelten hätten. Den Vogel schoss noch am 27. März der Spiegel ab, der in einer selbst in Auftrag gegebenen Umfrage schon wissen wollte: „Sollte die EU nach dem Wahlbetrug in Weißrussland die Sanktionen gegen Europas letzten nicht demokratischen gewählten Präsidenten verschärfen?“

Inzwischen stellte sich dank der Berichte von Wahlbeobachtern heraus, dass die Vorwürfe im wesentlichen aus der Luft gegriffen sind. Selbst der in diesen Fragen stets meinungsanheizende Nachrichtensender ntv sprach am 27. März nur noch von Unregelmäßigkeiten.

Lukaschenko hat seit seiner erstmaligen, ebenfalls überzeugend gewonnenen Wahl im Jahre 1994 einen eigenständigen politischen und wirtschaftlichen Weg zum Nutzen des belorussischen Volkes eingeschlagen und sich in Kenntnis der Erfahrungen anderer Staaten geweigert, insbesondere die Wirtschaft nach den Empfehlungen des Westens (IWF) zu gestalten. Außerdem strebt er einen konsequenten Weg der Anlehnung und Zusammenarbeit mit Russland an. Das insbesondere ist den USA ein Dorn im Auge. Die Bush-Administration verfolgt mit zunehmenden Misstrauen die Versuche Putins, sein Land unabhängiger zu machen und neue Bündnispartner zu gewinnen. Wie bereits in Georgien und der Ukraine geschehen, sollte mit Weißrussland ein dritter ehemaliger Verbündeter abtrünnig gemacht und die wieder aufstrebende Großmacht dadurch geschwächt werden. Es wird nicht der letzte Versuch gewesen sein. • MANFRED BOLS

Bundespräsident Horst Köhler, nach wie vor unverkennbar ein Mann des Finanzkapitals, ergreift engagiert Partei für einen deutschen Militäreinsatz im Kongo. Weil er gegen Chaos und Bürgerkrieg sei.

Der Kongo ist mindestens seit 1966, seit Kongo-Müller dort mordete, ein Begriff für das Söldnerwesen in Afrika. Was suchen die dort? Bis heute? Andreas von Bülow, ein ehemaliger Minister der Bundesregierung, hatte in seinem Buch „Im Namen des Staates – CIA, BND und die kriminellen Machenschaften der Geheimdienste“ auch über den Kongo geschrieben: „Das wechselseitige Abschlichten der Hutus und Tutsis im benachbarten Ruanda ist nur das letzte Beispiel sich ständig wiederholender Abläufe. Scheinbar willkürlich kämpfen Rebellenhaufen gegeneinander, bringen sich gegenseitig um, finden sich in Flüchtlingslagern wieder. Die Frage nach der Finanzierung der Kämpfer, der Herkunft der Waffen, der Ausbildung der Führungskräfte, vor allem aber die Frage nach den Nutznießern der Aktivitäten wird nicht gestellt.“

Stellen wir also die Frage nach den Nutznießern. Denn während der Einsatz offiziell immer noch mit der Absicht begründet wird, mögliche Unruhen während der für Juni geplanten Wahlen zu verhindern, geht laut german-foreign-policy.com aus UN-Berichten hervor, dass staatliche deutsche Stellen seit mehreren Jahren potentielle Aufständische decken. Eines ihrer Zentren ist die Mine Lueshe, eine der wichtigsten Rohstofflagerstätten des Ostkongo. Es handelt sich dabei um Rohstoffe, die für die Herstellung von Düsenmotoren und Raketenteilen benötigt werden.

Fall 3, recherchiert:

Köhler und der Kongo

Was ist für Deutschland so interessant an diesem Land?

Im Jahr 2000 wurde die Mine unter den zweifelhaften Schutz konkurrierender Rebellenmilizen gestellt, die ihren Sezessionskrieg mit Einkünften aus dem Ressourcengeschäft finanzieren. Wörtlich heißt es bei german-foreign-policy: „Wegen dieser Rohstoffdeals haben die Vereinten Nationen erstmals 2001 schwere Vorwürfe erhoben und verdächtigen den deutschen Organisator Karl-Heinz Albers, einer der Hauptfinanziers der damaligen Kampfhandlungen zu sein.“

Trotz der Kritik der Vereinten Nationen und trotz entsprechender Interventionsforderungen der EU ging die Bundesregierung nicht gegen das Firmennetz vor, das Albers in Deutschland zur Abwicklung seiner kongolesischen Rohstoffgeschäfte aufbaute. Vielmehr war diplomatisches Personal Berlins unterstützend in Albers' Aktivitäten verwickelt. ... So fungierte eine ehemalige deutsche Botschafterin innerhalb des Firmennetzes als Aufsichtsrätin. ... Als die Regierung nach dem Ende des Krieges die Kontrolle über den Ostkongo zu übernehmen begann und Albers Anfang 2004 wegen seiner illegalen Ressourcengeschäfte inhaftierte, intervenierte die Berliner Vertretung zu seinen Gunsten. Ein gewöhnlicher Akt der Fürsorge für im Ausland angeklagte deutsche Staatsbürger, erklären deutsche Diplomaten ...

In die Rohstoffgeschäfte der Jahre 2000 bis 2004 ist auch die Bay-

er-Tochtergesellschaft H.C. Starck verwickelt. H.C. Starck gilt als einer der weltweit bedeutendsten Produzenten von Vorstoffen für die Hartmetall-Industrie und erzielte im vergangenen Jahr einen weltweiten Umsatz von 920 Millionen Euro. Das Unternehmen aus Goslar gehörte bereits im Jahr 2002 zu den Firmen, deren Überprüfung wegen kriegsfinanzierender Rohstoffgeschäfte im Ostkongo die Vereinten Nationen forderten. Damals wurde der Bayer-Tochtergesellschaft ‚Mitverantwortung für die grauenhaften Kämpfe‘ im Kongo vorgeworfen, in deren Verlauf mehrere Millionen Menschen ums Leben kamen. Nach massiven Interventionen gelang es dem Unternehmen, von der entsprechenden UN-Liste gestrichen zu werden. H.C. Starck kauft derzeit keine Rohstoffe aus Zentralafrika, erklärte die Firma im Juni 2003. Tatsächlich trieb sie Handel mit dem von der UNO gebrandmarkten deutschen Firmennetz, bis dessen Organisator Albers 2004 Insolvenz anmelden musste. ... Beschwerden, denen zufolge die Bayer-Tochtergesellschaft gegen internationale Handelsrichtlinien verstoße und zur Verantwortung gezogen werden müsse, verliefen im Sand. Zuständig für die Beurteilung der Beschwerden war das Bundeswirtschaftsministerium, das bis heute deutsche Ansprüche auf die Mine Lueshe aufrecht erhält. • M. W.

Aus der Sitzung des Leipziger Stadtrats vom 29. März

Tragödie um Komödie?

Nachdem Burhard Jung, Leipzigs neuer OBM, sozusagen seine Vorstellungsrede gehalten und nicht mit nebulösen Ankündigungen über einen straffen Einsparkurs zur Haushaltskonsolidierung gezeigt hatte, setzte der Stadtrat am 29. März seine gewohnte Arbeit fort.

Auf der Tagesordnung stand auch der Beschlussvorschlag der Bündnisgrünen: „Langfristige Sicherung der Sparten Operette und Musical am Kulturstandort Leipzig.“ Was zunächst sehr wohlwollend klingt, bedeutet bei genauerem Hinsehen: Schluss mit Lustig in der Musikalischen Komödie. Denn die Stadtverwaltung solle, so der Grüne Tenor, ein Konzept vorlegen wie und wann Operette und Musical – spätestens bis Ende 2008 – in Oper- und Schauspielhaus verfrachtet werden sollen.

Ach ja, nunmehr 16 Jahre steht dieses Drama immer mal wieder auf dem Spielplan des Rathauses. Und es war auch der kulturellen Phantasie und politischen Inszenierungskunst des vormaligen Opern-Intendanten Udo Zimmermann zu danken, dass das ihm angegliederte Haus Dreilinden nicht schon in den 90er Jahren vernagelt, sondern

erhalten und teilweise denkmalgerecht saniert wurde.

Lange Unterschriftenlisten für den Erhalt gab es zudem nicht nur jetzt, nachdem die Idee der Grünen bekannt wurde. Schon vor Jahren plädierten u.a. die damals noch quicklebendige Marika Röck und die Gattin von Robert Stolz für den Erhalt der Muko. Sicher: Eine Unterschrift zu leisten ist leichter, als ein Haus und eine künstlerische Sparte zu finanzieren. Aber Leipzig hat nun einmal neben Dresdens Operettenhaus noch das einzige bekannte Theater dieser Art in Deutschland, nachdem in Berlin das Metropol-Theater unter Protest des Ensembles dichtgemacht wurde.

In Lindenau hat sich in Jahrzehnten eine klangvolle, einzigartige Tradition entwickelt, die auch bei Gastreisen des Hauses viel Anerkennung bekommt. Übrigens: Kultur-Szenen (auch dieser Art) lassen sich nicht einfach umdirigieren, das endet immer mit Misstönen.

Apropos Finanzen. „Nach der Vorstellung kann man den Abend in einer der vielen gastronomischen Einrichtungen ausklingen lassen.“ Ein Argument für Operette und Musical im Stadtzentrum, glauben die Grünen. Wissen sie denn nicht, dass sich viele Besucher nur



noch ein Ticket leisten können und nicht noch einen Hunderter für Essen und Wein drauflegen können. Es darf auch mal gefragt werden: Wo bitteschön soll denn im Schauspielhaus das Orchester sitzen, oder ist nur an Musik aus großen Boxen gedacht? Übrigens: Wollten nicht Abgeordnete der CDU schon mal das Leipziger Schauspiel beerdigen?

Das Haus Dreilinden ist auch ein „städtebaulicher Stabilisator und Impulsgeber für künftige Entwicklungen im Leipziger Westen, speziell für Alt-Lindenau und Lindenau“ – darauf verwies u. a. Stadtrat Dr. Volker Külöw in seiner Widerrede. Die Linke lehnte den Grünen-Antrag also ab. Und blieb damit nicht allein. Die Folge wäre, wie der Aufruf der Hochschule für Musik und Theater diese Pläne benannte, eine „irreparable Kulturschande für Leipzig“ gewesen. •-CK

Wir woll'n unsern Wolle wiederhaben

Herr M. macht Kassensturz, schüttet das Portemonnaie aus und zählt, geht zur Sparkasse und studiert den Kontoauszug. Schön. Für ein Päckchen per Post nach Berlin ans Ostaufbauministerium reicht es noch. Seine neue Freundin Elke hilft ihm beim Packen, bei sowas hat sich Herr M. schon immer etwas ungeschickt angestellt ..., Kerle eben.

Was packen wir rein? Wollen doch Wolles „Heimatschachteln“ in nichts nachstehen! Ach ja – ein Zeitungsfoto mit der Verheißung „Leipzig kommt!“ lässt sich im Staub der Bodenkammer bestimmen noch finden. Und? Was gibt es an Leipziger Ur-Spezialitäten? „Ein Ticket fürs Gewandhaus“, schlägt Elke vor.

„Na ja“, mäkelte Herr M., „da kommt der doch sowieso ohne Karte rein. Außerdem ist dieser Tempel nicht auf Tiefensees Polit-Mist gewachsen!“, setzt er etwas unwirsch hinzu. Er stimmt eher für etwas Dreck aus der Ewig-Tiefbaustelle Burgplatz, gleich hinterm Rathaus, vielleicht noch 'ne Tüte urzeitlichen Sedimentgesteins aus der Baustelle City-Tunnel.

Da kommt Elke auf eine Idee: Die Volkshochschule plane doch einen Kurs zum Thema „Verhaltens- und Vorsichtsmaßnahmen in der Bewegung zwischen Hauptbahnhof und Leuschnerplatz, erarbeitet für Fremdenführer und Leipzig-Flüchlinge“. – „Wir schenken unserm Wolle eine Kursteilnahmezulassung“, meint Elke in einem Anflug von Großzügigkeit.

Herr M. ist begeistert: „Für deine Ideen liebe ich dich“, schwärmt er. Von solchem Lob beflügelt, fällt Elke ein, wie der Inhalt des Heimatpäckchens abgerundet werden könnte. „Mensch, der ist doch musikalisch sensibel, und solche Typen lassen sich da leicht an der Seele packen, an ihrer Heimatliebe sozusagen“, setzt sie auf Hausmannskost der Psychologie. „Schicken wir ihm doch einfach einen Notenzettel für die Hymne Sing, mei Sachse, sing mit“, meint sie vorsichtig.

Statt des befürchteten Donnerwetters lässt Herr M. nur ein müdes Knurren vernehmen, denn in ihm reift ein anderer Gedanke, der ihm kam wie ein Lichtstrahl vom Leuchtturm. „Ach was“, sagt er schließlich, „wir schicken ihm einfach als Zugabe ein Versprechen des Arbeitsamtes, bei seiner Rückkehr winke ihm zum Dank ein Ein-Euro-Job für ein halbes Jahr als Leuchtturmwächter.“

Geschichten vom Herrn M.

aufgezeichnet von Ekkehard Fritz

Wo ansonsten die LVZ ihren Lesern an prominenter Stelle ein Abo als Ostergeschenk andient, enthüllt sie diesmal unter der reißerischen Überschrift „Dubiose Spenden für Linkspartei in Leipzig“ einen angeblichen Spendenskandal. Und mit der Erfindung des spekulativen Aprilscherzes – den vom Autor Armin Görtz offenkundig herbeigesehnten „Aufmärschen“ der Ex-Stasi im Museum in der Runden Ecke – wurde eigens ein neues journalistisches Stilmittel entwickelt, das allerdings eher einer muffigen Sumpfbüchse gleicht. Nicht an diesem 1. April, sondern ganz ernsthaft in seiner 1981 verfassten Diplomarbeit an Sektion Journalistik der Karl-Marx-Universität Leipzig „Die Entwicklung des Vereins Arbeiterpresse in der Auseinandersetzung zwischen Marxisten und Opportunisten, untersucht anhand der Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse (1909 bis 1914)“, schrieb Görtz auf Seite 6:

„Um seine Macht zu verlängern, vervollkommnete der Imperialismus alle Machtmittel des Kapitalismus. Zu verhindern, daß auch die subjektiven Voraussetzungen für seinen Untergang schnell heranreifen, wurde für ihn zur Existenzfrage. So versuchte er, breite Volksmassen ideologisch auf seine Seite zu ziehen, mit seiner Weltanschauung stärker in die Arbeiterbewegung einzudringen.“

Ab 1. April treten eine Reihe von gesetzlichen Veränderungen in Kraft. So haben Jugendliche unter 25 Jahren, wenn sie auf Arbeitslosengeld II ange-

Billiges Ablenkungsmanöver

Zu dubiosen Berichtspraktiken der LVZ

wiesen sind, faktisch keine Möglichkeit mehr, aus der elterlichen Wohnung ausziehen und erhalten darüber hinaus auch noch einen verminderten Regelsatz. Weitere soziale Einschnitte, wie die Kürzung der Einzahlungen zur Rentenversicherung für Empfänger von Arbeitslosengeld II um die Hälfte, sind bereits beschlossen und werden demnächst ebenfalls wirksam. Darüber liest man in der Ausgabe der LVZ vom 1. April freilich nichts. Vielleicht wird davon ausgegangen, dass die allein in Leipzig von Hartz IV unmittelbar betroffenen mehr als 80.000 Personen sich das Blatt ohnehin nicht mehr leisten können oder es aus anderen Gründen schon lange abbestellt haben.

Deshalb muss die Redaktion auf die Belange der Ärmsten wohl auch keine Rücksicht mehr nehmen und kann sich getrost wichtigeren Dingen widmen, die dem inzwischen veränderten Profil der Zeitung auch weitaus besser zu Gesicht stehen. So findet sich an exponierter Stelle – und keinesfalls als Aprilscherz gedacht – auf der Titelseite die reißerische Überschrift „Dubiose Spenden für Linkspartei in Leipzig“. Müssen da nicht jene, die es immer schon gewusst ha-

ben, leuchtende Augen bekommen? Endlich ist der Beweis erbracht, dass auch die Linkspartei ihren Spendenskandal hat. Und natürlich steckt die Ex-Stasi dahinter. Wer weiter liest, ist zwar verwundert, dass wegen 1800 Euro angesichts der millionenschweren schwarzen Koffer der CDU so viel Aufhebens gemacht wird. Aber egal, etwas bleibt auf jeden Fall hängen. Da muss auch gar nicht erwähnt werden, dass es sich um Spenden von Einzelpersonen handelt; aber diese sind ja Mitglied von ISOR. Und bei ISOR sind ja viele ehemalige Mitarbeiter des MfS. Da lässt sich doch die Keule heftig gegen die Linkspartei schwingen, die ISOR sogar

kostenlos Räume für Rentenberatungen in ihrem Haus zur Verfügung stellt. Und natürlich bekommt dann auch der Leipziger Linkspartei-Chef noch sein Fett ab, hat er doch Kontakte zur Hauptabteilung Aufklärung des MfS nie bestritten. So wird die ganze Sache richtig rund und passt ins Kalkül der obersten Blatt-Macher.

Es muss doch gerade in Leipzig möglich sein, so die Hintergedanken des schon zu DDR-Zeiten stromlinienförmigen Autors Armin Görtz, den Widerstandswillen der Linkspartei gegen Sozialabbau und insbesondere gegen Hartz IV zu diskreditieren. Und dann kann es doch nicht sein, dass diese Partei in Leipzig gut mit der WASG kooperiert, wo es doch viel interessanter ist, über angebliche Zerwürfnisse beider Parteien zu berichten. Und natürlich ist man nachtragend, haben doch die Linken mit ihrem Verhalten den Sieg des CDU-Kandidaten bei der jüngsten Oberbürgermeisterwahl verhindert. Schließlich ein weiteres Warnsignal an den neuen Leipziger Oberbürgermeister, auch nicht den kleinsten Schritt auf eine Partei zuzugehen, die immer noch mit ehemaligen Stasi-Leuten zusammenarbeitet und dann auch noch so dreist ist, den Verkauf von städtischen Unternehmen der Daseinsvorsorge verhindern zu wollen.

Eine Frage bleibt bei diesem klar umrissenen Zeitungskurs allerdings unverständlich: Weshalb geht die verkaufte Auflage der LVZ immer weiter zurück, so dass nun schon mehrfach auf Seite 1 ein Abo als Ostergeschenk feilgeboten wird? • DIETMAR PELLMANN



Karikatur: M. Dobisch



Die Geschundene

Nach dem zweiten Weltkrieg entstanden von der vorderen Friedrich-Ludwig-Jahn-Allee bis zur Thomastusstraße die ersten geschlossenen neuen Häuserkomplexe Leipzigs. Die Ruinen des Zweiten Weltkrieges wichen dort 228 Wohnungen und 15 Geschäften. Ein unübersehbares Zeichen der Hoffnung: „Auferstanden aus Ruinen“. Lang, lang ist es her ...

Spott frei

50 Jahre danach haben viele Bewohner des berühmten Waldstraßenviertels und Geschäftsinhaber nur noch den Satz auf den Lippen: „Die Zustände hier spotten jeder Beschreibung.“ Zumal, seit sich die Prophezeiungen als künftige Vorzeige-Olympia-Straßenmeile in Luft auflösten. „Ich beuge mich jedesmal für ihren schönen Schinken in Lebensgefahr“, ärgert sich eine ältere Dame bei der stadtbekanntem Fleischerei Zeymer. Stolpern und Holpern gehören seit Monaten zum täglichen Ritual all derjenigen, die hier nach wie vor einkaufen. Trotzdem ging der Umsatz nicht nur beim Fleisch um 50 Prozent zurück. „Bevor mich hier der Schlag trifft, verlängere ich meinen auslaufenden Mietvertrag nicht noch einmal“, meint der seit Jahrzehnten hier ansässige Radio-Canis-Reparateur. „Die haben uns geschafft mit ihrer Dauerbaustelle. Nix los bedeutet in der Kasse kein Moos.“ Und

so verduftete ein weiterer verzweifelter Blumenhändler in eine andere Gegend.

Kühler Kopf

Jetzt kamen die Bauarbeiten in eine besonders kritischen Phase. Es gab wetterbedingte Verzögerungen. Beispielsweise waren die Reparaturen der Hausanschlüsse für das Abwassersystem in vier Metern Tiefe wesentlich umfangreicher als vorher bei Kamerafahrten festgestellt werden konnte. Die Einmündungen von Lessing-, Tschai-kowski- und Funkenburgstraße sind derzeit kaum zu überblicken. Ein gefährliches Durcheinander von Straßenbahnen, Baufahrzeugen, Radfahrern, Zulieferern und Autofahrern verlangt einen kühlen Kopf und sichere Blicke von jung und alt. Wenn es auch schwerfällt: Kaufen Sie weiterhin in der Jahn-Allee! Eine Aufforderung des engagierten Bürgervereins, der sich – wie kaum ein anderer – für die Belange der Anwohner einsetzt. Die Logik ist richtig: Denn wenn die letzten Ladentüren geschlossen werden, dann ist die Straße tot und kann nicht so rasch wieder belebt werden. Foto Bartholdt ist hier seit 1952 anässig. Friseur Bergmann tönt und fönt seit anno 1900. Dorothee Wirth freut sich seit Jahren in ihrem kleinen aber feinen Buchgeschäft über jeden Kunden. Seit allerdings die Straßenbahnhaltestelle um 50 Meter

verlegt wurde, stehen die Leser nicht mehr vor ihrem Bücherfenster. Wen interessiert eigentlich, dass der neue Haltestellenbereich besonders für ältere Leute schwer und umständlich zu erreichen ist?

Ziel erreicht

Wenn in absehbarer Zeit im Stadion Weltmeistertore fallen, dann ist die Friedrich-Ludwig-Jahn-Allee wieder fit. Zumindest oberflächlich betrachtet. Narben bleiben. So in den inzwischen leergewohnten, ehemals attraktiven Wohnhäusern. Narben bleiben hinter verklebten Schaufenstern und geschlossenen Ladentüren. Kaum jemand wird sich da so schnell wieder einmieten. Hoffentlich werden die zusätzlichen Bäume, die ihre versprochene Anpflanzung dem zähen Ringen von Ökolöwen und Bürgerverein verdanken, nicht vergessen. Immerhin: 150 lebende Feinstaubfilter konnten vor einigen Wochen hartnäckig erstritten werden. Es gab bekanntermaßen viel Zoff um den Erhalt der Funkenburg. Gelohnt hat sich der Abriss für Archäologen, die dort wertvolle Kulturgüter ausgraben.

Wie geht es weiter mit der denkmalgeschützten „Goldenen Laute“? Kann die geschundene Allee überhaupt genesen? Jegliches braucht seine Zeit ...

• MICHAEL ZOCK



Zum Glück verging den Bauarbeitern nicht der Appetit, und sie retteten mit ihrem Hunger zumindest ein wenig das Überleben des seit 15 Jahren bestehenden Ladens.

Hier ticken schon lange keine Uhren mehr. Die Zeit ist stehengeblieben und es wird dauern, hier wieder Kunden begrüßen zu können (r.).

Fotos: Gerhard Märker



Der Sensible



Maler und Grafiker Joachim Zetzsche vor einem seiner Landschaftsbilder

Foto: Gerhard Märker

Schmale Gänge, italienische Landschaften, flimmernde Computer. Diese merkwürdige Mischung gibt es derzeit im Großen Brockhaus Karree Nr.5. Dort hat die BDO (eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) ihre tristen, kahlen Bürogänge Joachim Zetzsche als Ausstellungsfläche zur Verfügung gestellt. Der Künstler nahm es dankend an. Seit dem „Aus“ für das Leipziger Kunstkaufhaus, durch den Tod seiner Leiterin, haben es Leute wie er noch schwerer, mit ihren künstlerischen Sichten unter die Menschen zu kommen. Und irgendwann möchte er auch mal Bilder und Grafiken verkaufen. Denn selbst Maler müssen ab und an mal etwas essen. Zum Glück unterstützen ihn seine Eltern. Warum entschied er sich für diese schöne aber auch schwere Profession?

„Ich bin mit den Büchern Strittmatters groß geworden. Ich habe unter seinem

Einfluss gelernt, mich mit der Natur verbunden zu fühlen, ihre Schönheiten zu suchen, zu finden und zu gestalten.“

Man merkt beim Gedankenaustausch, wie sehr Joachim Zetzsche unter den Oberflächlichkeiten dieser Gesellschaft leidet. Sein Credo: „Wir müssen nur wieder lernen, mit offenen Augen und Herzen zu sehen. Wenn meine Bilder dazu beitragen können, würde es mich freuen.“

Ganz ohne Zweifel, sie können es. Wer vor ihnen steht, kann sich ihrer Sensibilität, ihrer Tristesse, ihrer Hoffnung, ihrer Schönheit nicht entziehen. Es ist im Moment nicht einfach, die Grafiken und Gemälde des Autodidakten zu sehen. Trauen sie sich ruhig in die Büroetage vom Brockhaus 5. Sie werden gern eingelassen. Der andere (elektronische) Weg geht über www.Kunsthalle.gmxhome.de

• M. Z.



Kein Aufmarsch!

Zu dem für den 8. April in Bautzen geplanten Neonazi-Aufmarsch erklärte die Landtagsabgeordnete der Linksfraktion PDS Kerstin Köditz:

Die Landkreisverwaltung Bautzen weigert sich, die Neonazi-Demonstration zu verbieten. Die Äußerungen des zuständigen Dezernenten Mathias Bielich, man wolle „den Ball flach halten“ und man werde „vor Gericht sowieso unterliegen“, zeugen von einem mangelhaft ausgeprägten Rechtsbewusstsein. Entgegen Bielichs Darstellung liefert ein entsprechender Beschluss des Verwaltungsgerichts Karlsruhe gegen eine ebensolche Demonstration in Mannheim handfeste inhaltliche Verbotgründe. Die Karlsruher Richter gingen bei ihrer Entscheidung davon aus, dass „hinreichende Anhaltspunkte dafür bestehen, dass aus der Veranstaltung heraus Straftaten verübt werden“. Für mich ist nicht nachvollziehbar, dass sich die Lage in Bautzen von der in Mannheim unterscheiden sollte. Statt entsprechend zu handeln, hat Bautzens Dezernent Bielich nun nichts Besseres zu tun, als vor „linksextremen Randalierern“ zu warnen. Gerade in Bautzen wäre ein entschiedenes Agieren gegen Neonazis dringend geboten. Ich verweise hierzu nur auf die bundesweite Razzia gegen die verbotene Organisation „Blood + Honour“ vom 7. März, bei der Bautzen besonders ins Visier geriet.

Linke unterstützen Ärzteproteste

LN. Zu den gegenwärtigen Streik- und Protestaktionen im Gesundheitswesen erklärte der sozialpolitische Sprecher der Linksfraktion PDS im Sächsischen Landtag, Dr. Dietmar Pellmann:

Wenn Ärzte und ihre Angestellten in eigener Niederlassung oder in Krankenhäusern nun schon seit Wochen protestieren oder sogar streiken, kann es um das Gesundheitswesen nicht gut bestellt sein. Wer glaubt, dass solche Protestaktionen eigentlich unbegründet seien und es den Medizinern lediglich um die eigenen Pfründe gehe, verkennt den erheblichen Problemstau im Gesundheitswesen, der sich durch die sogenannte Gesundheitsreform von 2004 eher weiter verschärft hat. Die Linksfraktion ist sich mit den Medizinern darin einig, dass es im Krankenhausbereich endlich zu tariflich geregelten Arbeitszeiten kommen muss und dass erbrachte Leistungen auch angemessen honoriert werden müssen. So kann nicht länger hingehalten werden, unbe-

zahlte Überstunden als Selbstverständlichkeit zu betrachten. Gerade im stationären Bereich baut die Einführung von Fallpauschalen nicht nur zusätzliche bürokratische Hürden auf, sondern markiert eine neue Stufe der völligen Ökonomisierung, die letztlich auf dem Rücken

- *Den Ärzten geht es nicht nur um die eigene Pfründe.*
- *Tariflich geregelte Arbeitszeiten in Kliniken!*
- *Keine Knebelung ärztlicher Entscheidungskompetenz!*

von Medizinern und Patienten ausgetragen wird.

Auch im ambulanten Bereich führen viel zu enge Budgets nicht nur zu Honorareinbußen, sondern immer öfter zur Knebelung ärztlicher Entscheidungskompetenz. Anstatt endlich eine Positivliste für Medikamente einzuführen und die ständig steigenden Profite der Pharmakonzerne zu beschneiden, entscheiden allzu oft Politiker darüber,

welche Medikamente, Heil- und Hilfsmittel für Patienten ausreichend sind. Bei alledem war bislang von der sächsischen Staatsregierung wenig zu hören. Entweder scheint sie zu meinen, dass die Probleme nur auf Bundesebene gelöst werden können, oder sie praktiziert die Methode des Aussitzens. Wir erwarten Initiativen im Bundesrat, mit denen das Gesundheitswesen endlich auf ein sicheres finanzielles Fundament gestellt werden könnte. Deshalb erneuern wir unsere Forderung nach Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung und lehnen alle derzeit debattierten Konstrukte ab, die wiederum Menschen mit niedrigem Einkommen benachteiligen würden. Darüber hinaus geht es um die Wahrnehmung der eigenen Verantwortung für die beiden Universitätskliniken in Dresden und Leipzig. Dabei meinen wir nicht nur die Ärzteschaft, sondern ebenso die Belange von Pflege- und Hilfskräften. Alle Versuche, einen Keil zwischen beide Seiten zu treiben, lehnen wir ab.

Seifenblase

LN. Nachdem sich die CDU Sachsen erst im vorigen Monat in einem familienpolitischen Grundsatzpapier für eine Vorschulpflicht im letzten Kita-Jahr ausgesprochen hatte, wobei dieses Bildungsangebot für die Eltern kostenfrei sein sollte, heißt es jetzt in einer Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage der PDS: „Die Einführung eines kostenlosen Vorschuljahres ist derzeit nicht vorgesehen.“ Auch der Ministerpräsident und die SPD hatte das Vorhaben befürwortet. Die Linksfraktion wird an ihrem Stufenplan zum Einstieg in die kostenlose Kita-Betreuung festhalten, äußerte MdL Falk Neubert.

Managergehälter

LN. Anlässlich einer Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion mit dem Titel „Offenlegung von Managergehältern schafft Transparenz und Akzeptanz in der Bevölkerung“ erinnerte die stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, Caren Lay, daran, dass ihre Fraktion bereits im Oktober vergangenen Jahres einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorgelegt hat. Sie forderte die SPD auf, einem inzwischen eingebrachten Entwurf eines „Gesetzes über die Öffentlichkeit der Beteiligungen des Freistaates Sachsen und der Vergütungen ihrer Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane“ zuzustimmen.

Vorbereitung: 24. April

Geradezu als Verhöhnung der Hochwasser-Opfer muss die Einladung zur Elbe-Labe-Regionalkonferenz am 24. April wirken, die vom Sächsischen Innenministerium veranstaltet wird, meint der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Landtag, Peter Porsch. Denn hier wollen Vertreter von Innen- und Umweltministerium mit Experten über „Vorsorgende Hochwasserschutzmaßnahmen und Beiträge der Raumordnung“ debattieren. Ein Diskussionsforum lautet: „Hochwasser kann kommen – vorbereitet sein“. Sachsen ist also nicht so vorbereitet, wie das die Regierung nach der Flut 2002 versprach.

Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im März

Verhaltener Frühjahrsschwung

Ein gewiss positives Zeichen im Leipziger Arbeitsagenturbezirk ist der deutliche angestiegene Zugang an gemeldeten freien Stellen: von rund 2400 im Februar auf über 4000 im März. In der Arbeitsagentur ist man voller Hoffnung. Der Bestand an freien Stellen ist damit auf über 5800 angewachsen, jedoch der Bestand an Arbeitslosen ist zunächst fast unverändert: 79 228 waren es Ende März, nur 239 weniger als im Vormonat.

In Sachsen wurden Ende März nur 1942 Erwerbslose weniger registriert als im Februar, insgesamt 426 473. Dabei ist die Anzahl jüngerer Arbeitsloser (unter 25 Jahre) sogar angestiegen; um 610 auf 51 599. Im Leipziger Raum sind 9669 der Jüngeren betroffen.

Weiter angestiegen ist auch die Anzahl der Langzeitarbeitslosen und potentiellen ALG II-Empfänger – allein im Leipziger Agenturbezirk um über 500 auf 35 998.

Die unverändert kritische Lage scheint nun die sächsische Koalitionsregierung zum Handeln zu zwingen. Nachdem das seit langem von der Linksfraktion eingeforderte Sächsische Programm für Arbeit und Beschäftigung noch vor kurzem vom Minister für Wirtschaft und Arbeit als unberechtigte Forderung zurückgewiesen wurde, will nun die CDU-Landtagsfraktion ein 80 Millionen Euro schweres Programm für die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen auf den Weg bringen. Caren Lay (Linke) nennt das eine sehr späte Einsicht in arbeitsmarktpolitische Realitäten.

• G. L.

21. März

Leipzig. Die Jahresbilanz der Sächsischen Landesbank weist einen Gewinneinbruch von 60 Prozent aus. Die Eigenkapitalrendite sank von über zehn auf vier Prozent.

22. März

Bautzen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt zum Tod von vier Frauen bei der Geburt ihrer Kinder im Klinikum Hoyerswerda gegen vier Ärzte und drei Schwestern wegen fahrlässiger Tötung.

23. März

Dresden. Rund 400 Landesbedienstete, vor allem Lehrer und Polizisten, protestieren auf einer von mehreren Gewerkschaften organisierten Kundgebung gegen Stellenabbau, Tarifpolitik und Sparpläne in der öffentlichen Verwaltung.

24. März

Thierbach. Die vier einhundert Meter hohen Kühltürme des Kraftwerkes werden gesprengt.

Zinnwald. Auf einer Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion kommt es zu heftigen Kontroversen zwischen Ministerpräsident Milbradt und Innenpolitikern zu Stellenabbau und Verwaltungsreform.

SACHSEN-CHRONIK

21. März bis 3. April

Dresden. Wie das Landeskriminalamt mitteilt, wurden in Sachsen im vorigen Jahr 1483 Fälle von Schrottdiebstahl angezeigt. 2004 waren es noch 606. Inzwischen sind die Preise gestiegen. Hochburg war Leipzig mit 248 Diebstählen.

27. März

Dresden. Sozialministerin Orosz und Kultusminister Flath treffen eine Vereinbarung zur engeren Kooperation von Grundschulen und Horten, die der ganztägigen Bildung und Erziehung dienen soll. Die Linkspartei weist darauf hin, dass die Inanspruchnahme des Hortes mit 62,2 Prozent noch nicht befriedigt, aber mit einem kostenfreien Hort wesentlich verbessert werden könnte.

Kamenz. Eine Erhebung des Statistischen Landesamtes weist aus, dass im vorigen Jahr die Beschäftigten in Sachsen mit 1497 geleisteten Arbeitsstunden 62 Stun-

den über dem Bundesdurchschnitt lagen

28. März

Chemnitz. In der Metallindustrie Sachsens beginnen Warnstreiks im Tarifkonflikt. Dem BMW-Werk Leipzig folgen in den nächsten Tagen die Beschäftigten des Automobilzulieferers Siemens VDO Limbach-Oberfrohna und des VW-Werks Zwickau-Mosel. Sie verlangen Einkommenserhöhungen von fünf Prozent und erweiterte Mitbestimmungsrechte.

Reinhardtsdorf-Schöna. Entgegen den Ankündigungen wird bei der Bürgermeisterwahl in der NPD-Hochburg am 23. April kein Kandidat der Partei antreten. Die Landesspitze der NPD bedauerte das. Vor zwei Jahren hatte die Partei hier 25,2 Prozent der Stimmen gewonnen.

Dresden. Nach 64-jähriger Auslagerung kehrt die Schatzkammer August des Starcken in das Residenzschloss zurück. Am

1. September ist die Einweihung der Ausstellung, die in zehn Räumen eingerichtet wird, ab 15. September ist sie allgemein zugänglich.

Dresden. Das Kabinett beschließt, das Landesmuseum für Archäologie in Chemnitz anzusiedeln. Dazu wird das ehemalige Centrum-Warenhaus umgebaut.

29. März

Bad Schandau. Das Hochwasser der Elbe in der Sächsischen Schweiz führt zu Katastrophenschutzalarm und ersten Evakuierungen. Der Pegel steigt weiter.

Bautzen. Heiko Kosel (Linksfraktion) fordert das Landratsamt auf, den für den 8. April geplanten Aufmarsch von Neonazis in Bautzen zu verbieten.

30. März

Dresden. In einem Disput um die geplante Verwaltungsreform in Sachsen und den Stellenabbau bei der Polizei droht Innenminister Buttolo dem Ministerpräsidenten mit Rücktritt.

31. März

Dresden. Mit einem Festakt in der Semperoper beginnen die Feiern zum 800. Jahrestag der ersten urkundlichen Erwähnung der Stadt.

Von **CORNELIA FALKEN, MDL**

Es stand in allen Zeitungen: Die UNO schickte einen Inspektor, Prof. Vernor Muñoz. Grund: Die deutschen Ergebnisse der PISA-Studien lösten selbst in den zuständigen Gremien der Vereinten Nationen einen Schock aus. Prof. Muñoz informierte sich über das Bildungswesen vor Ort und bekam u. a. einige (von deutschen Politikern ausgesuchte) Bildungseinrichtungen zu sehen. Anschließend kommentierte er öffentlich seine Eindrücke. Neben Lob (wir freuen uns darüber!) gab es Kritik und Empfehlungen.

Grundrecht gefährdet

Eine der Kernaussagen von Prof. Muñoz: In Deutschland gebe es einen erschreckenden Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg. So sei das Grundrecht auf Bildung gefährdet.

Das ist kaum mehr zu bestreiten. Dennoch konterte der Sprecher des Sächsischen Kultusministeriums, Dirk Reelfs, unverzüglich, dies möge „vielleicht für Deutschland zutreffen, nicht aber für Sachsen“. Auf diese Behauptung kommen wir noch zurück.

Vor allem kritisierte der UNO-Inspektor das dreigliedrige Schulsystem (in Sachsen ist das angeblich ein zweigliedriges, was die Sache aber keineswegs besser macht) und den Bildungsföderalismus in Deutschland. Es macht keinen Sinn, dass beispielsweise in Hamburg für Mathematik andere Lehrpläne gelten als in Baden-Württemberg, aber es hat in der Lehrerausbildung oder für Familien, die etwa wegen eines neuen Arbeitsplatzes umziehen wollen, böse Konsequenzen.

Außerdem empfahl der Professor aus Costa Rica im Interesse sozial Schwacher und Migrantenfamilien eine spätere Trennung der Schullaufbahnen sowie eine (kostenlose!) Vorschulbildung. Er kann sich dabei auf internationale Erfahrungen stützen. Die PISA-Testsieger wie Finnland und Kanada machen es besser: Sie trennen ihre Kinder sehr viel später.

Seine Empfehlungen decken sich mit Forderungen der Linkspartei.PDS. Wobei beispielsweise die nach einem längeren gemeinsamen Lernen auch von anderen Organisationen und politischen Kräften getragen wird, so von der FDP und den Grünen. Sogar Sachsens SPD hatte im Wahlkampf, als sie noch nicht in der Koalitionsregierung war, eine Reform in diesem Sinne propagiert.

Verschenktes Bildungspotenzial

Die frühe Auslese schließt Spätentwickler von einer fairen Beurteilung bei der Bildungsempfehlung und damit von gerechten Bildungschancen aus. Denn die so genannte Durchlässigkeit, also der spätere Wechsel von der Mittelschule an das Gymnasium, ist in Wahrheit nicht gegeben.

Eine längere gemeinsame Schulzeit fördert entscheidend die Entwicklung des Sozialverhaltens und der Sozialkompetenz. Die Kinder lernen effektiv, helfen sich untereinander. Die gegenseitige Erfahrung unterschiedlicher Lebenswelten ist möglich. Letzteres ist sicher ein ganz wichtiger Punkt, weil Kinder heute au-

UNO inspizierte Deutschlands Bildungswesen

Bildungserfolg von sozialer Herkunft abhängig

Sachsens Erfolg zehrt noch von DDR-Einstellung zur Ausbildung

ßerhalb der Schule oft keine Chance mehr haben, unterschiedliche Lebenswelten kennen zu lernen. Auch für Ausländer- und Aussiedlerkinder ergeben sich weitaus bessere Integrationsmöglichkeiten.

Nur eine längere gemeinsame Schulzeit ermöglicht eine adäquate individuelle Förderung aller Kinder, also die individuelle Förderung der Leistungstarken, des Mittelfeldes und der Leistungsschwachen. Diese Einteilung ist ja nicht statisch. Sie kann sich zum Beispiel durch optimale Förderung im Laufe der Zeit verändern. Eine frühzeitige Trennung ist aber gleichbedeutend mit einer statischen Einteilung und geht klar am Ziel vorbei. Deshalb kommt es auch immer wieder vor, dass Schülerinnen und Schüler eher „irrtümlich“ ins Gymnasium gekommen sind und die Anforderungen bereits in der 5. und 6. Klasse nicht oder nur schwer, vielleicht nur mit Nachhilfeunterricht erfüllen können. Von den psychologischen Schäden, wenn sie gar das Gymnasium wieder verlassen müssen, gar nicht zu reden. Bei längerem gemeinsamen Lernen wären solche Schüler nicht hinten an, sondern könnten sich entwickeln. Individuelle Förderung könnte mit dynamischen Zielstellungen optimiert werden. Vielleicht zeigt sich in der

8. Klasse, dass sie die Anforderungen der Sekundarstufe II erfüllen können, vielleicht auch nicht – letzteres wäre auch eine klare Aussage und immerhin besser ist als ein nicht bestandenenes Abitur.

Dieselbe Argumentation gilt umgekehrt auch für diejenigen Schülerinnen und Schüler, die heutzutage irrtümlich nicht aufs Gymnasium gehen.

Mehr als soziale Gerechtigkeit

„Optimale individuelle Förderung“ und „Keinen zurücklassen“ sind nicht nur Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit. Bereits heute klagen Industrie und Handwerk regelmäßig über unzureichende Kenntnisse und Fertigkeiten

wirtschaften? Wir brauchen jeden Einzelnen! Und die Voraussetzungen müssen wir heute leisten – sonst geht es uns morgen schlecht.

„In Sachsen ist alles besser“

Angeblich, so jedenfalls Dirk Reelfs, der eingangs erwähnte Sprecher des Sächsischen Ministeriums für Kultus, gibt es in Sachsen nicht den bundesweit beobachteten Zusammenhang zwischen sozialer Lage des Elternhauses und Bildungschancen der Kinder.

Eigene Anschauung besagt zwar das Gegenteil, aber tatsächlich weisen die Statistiken der PISA-Studien aus, dass Sachsen diesbezüglich besser dasteht als die meisten anderen Bundesländer.

Das ist erfreulich. Aber warum dann diese Schere zwischen Statistik und persönlichen Erfahrungen? Kann Herr Reelfs wirklich Maßnahmen seines Ministeriums vorweisen, die Vorbild für ganz Deutschland werden könnten? Nein, kann er nicht.

Versuchen wir eine Erklärung: Hier wirkt (noch) die DDR-Vergangenheit nach. Nicht wenige der gut ausgebildeten Sachsen, die nach der Wende abrupt ihre berufliche Laufbahn beenden mussten, gehören heute zu den „sozial Schwachen“. Eine Arbeit im erlernten Beruf haben sie nicht mehr, aber die Wertschätzung einer guten Ausbildung kann man ihnen nicht nehmen. Sie tun alles für eine gute Bildung ihrer Kinder – so weit sie können – und verursachen damit einen bemerkenswerten statistischen Effekt.

In den westlichen Bundesländern ist die Vererbung von Bildungsarmut längst alltäglich, statistisch nachgewiesen. Und selbstverständlich wird diese Katastrophe auch über Sachsen kommen, wenn nichts dagegen getan wird.

Selbstbestimmung ermöglichen

In der 8. oder 10. Klasse sind die Schülerinnen und Schüler – anders als in der 4. Klasse – durchaus in der Lage, mit ihren Eltern über ihren weiteren Bildungsweg zu bestimmen. Auch die Eltern, die für ihr Grundschulkind eher tradiert entschieden, haben inzwischen Kompetenz und Erfahrung, was ihre Kinder wirklich zu leisten vermögen, gewonnen. Nur eine längere gemeinsame Schulzeit entspricht also dem Grundsatz der freien Selbstbestimmung.

Was der Einzelne aus seinen Chancen macht, hängt von vielen Faktoren ab, insbesondere von ihm selbst, das ist klar. Aber ob ein Kind bestimmte Bildungschancen überhaupt bekommt, darf nicht von seiner sozialen Herkunft abhängen. Das ist nicht nur ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, sondern ganz existenziell für unsere Gesellschaft.

In den westlichen Bundesländern ist die Vererbung von Bildungsarmut längst alltäglich, statistisch nachgewiesen. Und selbstverständlich wird diese Katastrophe auch über Sachsen kommen, wenn nichts dagegen getan wird.

in Sachsen verlassen über 10 Prozent die Schule ohne jeden Abschluss! Von der persönlichen Lebensperspektive dieser Jugendlichen einmal abgesehen, die Gesellschaft kann sich so etwas einfach nicht leisten!

Die demographische Prognose fällt für Sachsen sowieso schon besonders prekär aus (Stichworte: Geburtenrate und Wegzug junger Leute in den Westen), so dass der Freistaat in wenigen Jahren zu einem Land mit einem Mangel an Facharbeitern wird. Wer soll dann hierzulande investieren, wer soll dann hierzulande arbeiten und die Lebensgrundlagen er-

LN. Die Landesvorsitzende der Linkspartei.PDS Sachsen, Dr. Cornelia Ernst, und der Vorsitzende der Linksfraktion im Sächsischen Landtag, Prof. Dr. Peter Porsch, fordern in einer Reaktion auf den offenen Brief der Befürworter des Woba-Totalverkaufs Christine Ostrowski und Ronald Weckesser, ein „Zurück zur politischen Kultur“.

Sie schreiben: „Wir behaupten nicht, dass die Verfechter des Verkaufs verantwortungslos handeln. Aber wir halten die Maßstäbe ihrer Entscheidung für zu eng und dem Verlauf der großen internationalen Konfliktlinien nicht angemessen. Mit ihrer Positionierung haben sich Christine Ostrowski und Ronald Weckesser – trotz gegenteiliger Beteuerungen – ideologische Pappkameraden gezimmert, um diese zu bekämpfen. Öffentliches Eigentum, kommunales Eigentum eingeschlossen, wird durch Privatisierung in Reichtumsquellen internationaler Unternehmen, vorwiegend von

Ernst und Porsch reagieren auf Ostrowski-Weckesser-Papier

„Zurück zur politischen Kultur“

Finanzanlagefonds, verwandelt. Daran ändert auch die Not nichts, die den Verkauf rechtfertigen soll.“ Die Autoren verweisen, dass es einen „Kampf zwischen ewiggestrigen Fundamentalisten und Chancen nutzenden Realpolitikern“ nicht gegeben habe. Kern der Auseinandersetzung sei vielmehr „die Problematisierung der vollständigen Preisgabe des noch vorhandenen kommunalen Wohnungsbestandes“. Ernst und Porsch stellen klar: „Privatisierung öffentlichen Eigentums, insbesondere Totalverkäufe, bedeuten, jenes Eigentum aus der öffentlichen Hand wegzugeben, das einer Kommune, einem Land oder dem Bund die Möglichkeit politischer Gestaltung nach sozialen Maßstäben gibt, statt die Entschei-

dungen Finanzakteuren auf globalen Märkten zu überlassen. Die Bewahrung öffentlichen Eigentums gegen die fortschreitende Privatisierung ist Teil des Kampfes darum, ob Entscheidungen nach sozialen Maßstäben in den Hän-

den eines Gemeinwesens und seiner Bürgerinnen und Bürger verbleiben oder an das Finanzmanagement übergehen und Bestandteil der Konkurrenz um höchstmögliche Profite werden. Im Einzelfall mag ein Privatisierungsvorgang, der öffentliche Güter betrifft, vorerst beachtliche Vorteile für die Verkäufer einschließen.

In größerem Zusammenhang betrachtet kommt er in der Regel einer Kapitulation vor einer neoliberalen Strategie gleich, die alles rund um uns in Waren verwandelt.“

Abschließend fordern die Autoren einen „notwendigen Streit für eine neue soziale Idee – in einer Kultur, die auf ideologische Scheuklappen verzichtet“.

Im April 1961 richteten sich die Blicke der Weltöffentlichkeit auf das Geschehen um Kuba. Flankiert durch Bombenangriffe von USA-Flugzeugen auf Havanna und Santiago de Cuba unternahm am 15. April kubanische Konterrevolutionäre mit einem Expeditionskorps, aktiv unterstützt vom US-Geheimdienst CIA, den Versuch, in der Schweinebucht zu landen, Fidel Castro und seine Regierung zu stürzen und so die Volksrevolution rückgängig zu machen.

Binnen 72 Stunden, zwischen dem 17. und 19. April 1961, wurden die Invasoren von der revolutionären Armee des kubanischen Volkes vernichtend geschlagen. Dieser Fehlschlag in der Schweinebucht bedeutete einen herben Gesichtverlust für die US-Außenpolitik, mit der die Kennedy Regierung noch lange zu kämpfen hatte.

Im seinem Rücken hatte Kuba eine die ganze Welt spannende Solidaritätsbewegung. Während die DDR fest an der Seite des kubanischen Volkes stand, stattete jedoch Bundeskanzler Adenauer ausgerechnet in jenen Tagen zusammen mit Bundeswehrgenerälen den USA und dem NATO-Stab in Washington einen Besuch ab.

Unterstützt von der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern setzte Kuba erfolgreich seinen Weg des Aufbaus der nationalen Wirtschaft fort. Beispielhaft für die Völker Mittel- und Südamerikas sind vor allem das Bildungs- und Sozialwesen, aber auch die gegen Null tendierende Arbeitslosigkeit. Langfristig wurde bisher wohl kein einziges Land derart vom USA-Imperialismus attackiert wie das sozialistische Kuba. Wie

Vor 55 Jahren:

Kuba besiegte US-Invasoren

viele Attentate wurden schon von Exilkubanern und CIA gegen Fidel Castro geplant und versucht! Lang ist die Liste der USA-Präsidenten, die sich an Kuba die Zähne ausgebissen haben: Kennedy, Johnson, Nixon, Ford, Carter, Reagan, Bush und Clinton. George W. Bush wird es kaum besser ergehen ...

Gewiss, Kuba hat kein Regierungssystem nach westlichem Muster. Damit wird seit Jahrzehnten die Blockade gegen diese sozialistische Insel vor der Haustür der USA begründet. Unstrittig ist der hohe Rang der Menschenrechte, sowohl der sozialen wie politischen, der kollektiven wie der individuellen Rechte. Solidarität schließt Kritik unter Freunden nicht aus, schließt diese vielmehr mit ein. Aber muss man derart pauschal damit umgehen wie im Fall der kürzlichen kubafeindlichen Resolution des Europäischen Parlaments? Ausgangspunkt war, dass die kubanische Regierung einer Gruppe von Angehörigen politischer Gefangener die Ausreise zur Entgegennahme des Sacharow-Preises verweigerte.

Das kann man für kritikwürdig halten. Aber die EU-Parlamentarier wären gut beraten, wenn sie zuvorderst die fortgesetzte Blockade gegen Kuba als Verletzung der Menschenrechte von Millionen von Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes verurteilen oder die Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem USA-Stützpunkt Guantanamo auf Kuba.

In jüngster Zeit wurden in bürgerlich-demokratischen Wahlen in drei südamerikanischen Ländern links orientierte Staatseführer gewählt: in Bolivien, Venezuela und Chile. Diese Präsidenten nehmen aktiv Kurs darauf, die US-amerikanische Monroe-Doktrin zu überwinden, die in den Staaten Mittel- und Südamerikas den „Hinterhof der USA“ sieht. Der venezolanische Präsident Chavez schaffte Privilegien der US-amerikanischen Ölgesellschaften ab. Er sieht in der Achse Venezuela, Argentinien, Brasilien und Uruguay das „Rückgrat eines neuen Lateinamerikas“. Der Bau einer 8 000 Kilometer langen Gaspipeline wurde vereinbart. Chavez ließ 10 000 Ärzte aus Kuba einreisen und bezahlte mit Erdöl. Seit Anfang 2005 spricht er davon, den Kapitalismus zu überwinden. Es gelte, einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu entwickeln.

Vor 55 Jahren scheiterten die USA mit dem Versuch, das Ärgernis Kuba mit der bald danach beginnenden sozialistischen Entwicklung vor ihrer Haustür zu beseitigen. Jetzt zeigen sich hoffnungsvolle Ansätze dafür, dass Vergleichbares nicht nur vor der Haustür der USA Fuß fassen könnte, sondern auch auf dem einstigen

Wir liegen im Hafen von Tartus (Syrien) und haben einen Ganztagsausflug mit dem Bus vor uns. Tarek vom syrischen Reisebüro ist unser Führer und Dolmetscher für den Ausflug. Tarek ist mittelgroß und schlank und hat eine bemerkenswert große Nase, einen richtigen Zinken. Er gewinnt sofort, da er ein einwandfreies Deutsch spricht, uns gleich nach der Abfahrt mit Wasser und leckeren Keksen bewirbt und in seine Informationen über Land und Leute ein paar Späßchen einfügt.

Wir erfahren während der langen Fahrt vieles über Syrien und machen uns ein Bild, indem wir dabei aus dem Fenster schauen. Vom ersten Eindruck her haben wir es mit einer Gegend voller Kies, Steinen, leeren Plastetüten und Getränkekücheln zu tun. Am Straßenrand wachsen mühsam kleine Nadelbäumchen, die man dorthin gepflanzt hat. Je länger wir fahren, desto karger wird die Landschaft. Auch der Müll nimmt ab. Die Berge nahe der Straße sind kahl. Ab und zu gibt es Häuser, Schuppen, Reklameschilder und etwas Gegenverkehr. Von Tarek erfahren wir, dass der heutige Tag für einen Besuch in Damaskus nicht gerade günstig ist, denn der Fastenmonat Ramadan dauert nur noch bis zum Freitag – heute ist Dienstag – und wird mit großen Feierlichkeiten beendet. Ein großes Gedränge ist zu erwarten. Nicht nur Speisen und Getränke, nein, auch Geschenke werden eingekauft.

Tarek vergleicht dieses Fest mit Weihnachten in Deutschland. Nun ja, da können wir uns schon vorstellen, was uns erwartet. Und so ist es dann auch. In einer Hauptstraße steigen wir aus. Gewaltiger Lärm umgibt uns sofort. Noch während Tarek einige Erläuterungen gibt, erhebt ein Lautsprecherer vom nahegelegenen Minarett seine Stimme, eine Art Sprechgesang, mehr ein Gejaule für unsere ungeübten Ohren. Es wird zum Gebet aufgefordert. Die uns umgebenden Straßenhändler aber lassen sich dadurch nicht stören. Sie preisen mit Geschrei ihre Waren an. Beim Weitergehen fällt dir fast über Autos, Affen, Puppen und Flugzeuge, die als Spielzeug angeboten, sich auf dem Gehsteig überschlagen. Da vorn ist das Schild mit unserer Gruppennummer, das sich viel zu schnell entfernt. Schwarzgekleidete, bis auf die Augen



Unsere Leserin CHRISTA STRAUß erlebte einen Tag in Damaskus und dort das nahende Ende des

Ramadan

verhüllte Frauen kommen schon vom Einkauf zurück. An einem Karren, beladen mit Tüten voller Mandeln, Nüssen, Kürbiskernen und getrockneten Früchten kommt man gerade noch vorbei, da hat schon ein anderer auf dem Boden Backwaren in Schüsseln und auf Tellern ausgebreitet, und man hat Mühe, nicht darüber zu fallen. Die Frauen, ein dunkles Gewoge, eilen hindurch, bleiben stehen, prüfen und kaufen ab und zu. Wir kommen in den Basar Hamidije. Das ist eine riesige überdachte Ladenstraße, etwas unzureichend beleuchtet, in der sich das Gewühle und Getöse fortsetzt. Stehenbleiben und Schauen ist nicht möglich. Man wird vom Strom mitbewegt, muss dagegen ankämpfen und darf das Schild mit der „3“ nicht aus dem Auge verlieren.

Ab und zu bleibt Tarek stehen, beginnt mit einem Händler ein Gespräch und lässt sich in unserem Interesse etwas zeigen. Nachdem wir die Einkaufsstraßen verlas-

sen und uns durch vollgestopfte Gassen gedrängelt haben, gelangen wir in ein Museum. Das ist ein ehemaliger und an den Staat vererbter Besitz einer reichen Familie. Hier herrscht Ruhe. Es gibt wunderschöne Innenhöfe mit Brunnen, Bäumen, Sträucher und Bänken zum Ausruhen. Das Museum zeigt die Geschichte des Landes.

In der Nähe des Museums ist die Moschee. Sie ist eine der wenigen, die auch während der Gebetszeit besichtigt werden können. Wir ziehen am Eingang die Schuhe aus. Die Frauen bekommen einen Kapuzenmantel, dann geht es auf gefliestem Boden auf Strümpfen oder barfuß weiter.

Im Gegensatz zu den ruhigen, meist dunkel gekleideten Erwachsenen bewegen sich die Kinder lebhaft und rutschen vergnügt auf Strümpfen wie auf einer Eis-

gibt es natürlich nicht, solche Abbildungen verbietet der Koran. Die Betenden richten das Gesicht nach Mekka, in diesem Falle zu einer Seitenwand des Gebäudes. Dort stehen die Männer schon geordnet in zwei Reihen im Gebet vertieft. Kommt ein Neuer, so begibt er sich an das Ende der Reihe oder fängt, wenn diese voll besetzt ist, eine neue Reihe an. Als die Stimme des Vorbeters aus dem Lautsprecher ertönt, gibt es ein Geräusch, als klappe man ein dickes Buch zu. Die Männer sind auf die Knie gefallen, sie beugen ihren Kopf zur Erde, man sieht ihren verlängerten Rücken und die Fußsohlen. Es sieht spaßig aus, aber in Anbetracht der gläubigen Andacht kann man nur staunen und schweigen.

Die Kinder lärmen weiter in der Moschee herum. Etwas abseits knien andächtig die Frauen, die ihre Schuhe und ihre Einkaufsstützen neben sich abgestellt haben, ab und zu die Arme nach den Kindern ausstreckend, die sich gar zu wild gebärden.

Tarek, nach seiner Aussage ein gläubiger Moslem, betet nicht mit, sondern macht in aller Ruhe seinen Job, nur eben ganz leise. Schließlich ist unsere Besichtigung vorbei und auch das Gebet ist beendet. Man strömt den Ausgängen zu. Um an unsere Schuhe zu kommen, müssen wir, wie die Gläubigen auch, wegen einer verschlossenen Tür durch den Innenhof mit den Fladenbrotten. Das hätte beinahe Handgreiflichkeiten geführt. Vorsichtig gehen wir um die Fladenbrote herum, denen man noch Kuchen hinzugefügt hat, während wir die Moschee besichtigten.

Wir haben von Tarek vieles über den Islam erfahren, was uns sehr praktisch und gut für die Menschen erscheint. Es ist wohl nicht die schlechteste der fünf Weltreligionen, und ich begreife, dass Christen zu ihm übertreten.

Aber als Atheist hat man es gut. Man steht beobachtend und auch stauend abseits, darf die Religionen relativ unbeeinflusst miteinander vergleichen. Auf der langen Busfahrt zurück zum Hafen, ist genügend Zeit zum Nachdenken. Wir Europäer, vom Christentum geprägt, haben noch viel zu lernen. Die Ringparabel aus dem Deutschunterricht ist erst der Anfang.

fläche umher. Auf dieser Fläche liegen in Abständen in Folie gehüllte Sitzkissen oder Kissen zum Knien (so dachten wir jedenfalls). Als ich den Fuß schon ausgestreckt hatte, um die Weichheit zu überprüfen, bemerke ich, dass ich beinahe in ein Fladenbrot getreten bin.

Nach Sonnenuntergang und nach dem Abendgebet ist der Fastentag zu Ende und es darf gegessen werden. Die Fladenbrote sind Spenden. Die Muslime, so will es der Koran, sollen einen Teil ihres Reichtums den Bedürftigen abgeben, und sie tun das gewissenhaft.

Die Moschee umfängt uns wie eine große, romanische Hallenkirche mit einer Kuppel in der Mitte. Zwei Säulenreihen, die das Gewölbe stützen, stammen aus der Römerzeit, eingemeißelte Inschriften weisen auf die arabische Herrschaft hin. Der Ursprung der Moschee ist heidnisch, vor den Römern haben auch die Griechen hier ihre Götter verehrt.

Heiligenbilder und Bilder des Propheten

GEBT ihnen Geigen!

(Daniel Barenboim gewidmet von
ELLEN ROHLFS, Mai 2004,
nach einem Konzert in Ramallah)

*Nehmt ihnen nicht weg das Brot und das Wasser!
Das Land, die Ölbäume, Straßen, Häuser, Schulen
und Werkstätten!*

*Nehmt ihnen nicht weg die Würde, Freiheit,
Hoffnung und den Lebensmut,
Doch nehmt weg die Checkpoints und
Straßensperren
Den scharfen Befehlston, die demütigende
Bewegung,*

*die Undercovereinheiten, die Kollaborateure
die Gefängnislager mit ihren Folterern
die Panzer, Scharfschützen, Hubschrauber,
Bulldozer
das Tränengas, den Lärm der Motoren und
Granaten*

*das Monstrum der Apartheidmauer.
Nehmt all dies weg! und
Lasst das Verhafteten, Zerstören, Verletzen, das
gezielte Töten!*

*Sie nehmen sonst nicht nur Steine in die Hand,
sondern Kalaschnikows,
Sie schmuggeln Waffen und basteln
Mörser-Raketen, verstecken Minen am
Straßenrand*

*Ja, schnallen sich Sprengstoffgürtel
um den Leib
– Haben sie denn noch was zu verlieren
– Außer der Angst vor dem Tod?
und reißen so Unschuldige mit in den ihrigen.
Wer sind sie? Terroristen, Freiheitskämpfer?
Wer Wind sät – wird Sturm ernten.
Wer Gewalt sät, wird mit Terror konfrontiert.*

Drum: Gebt ihnen Geigen, Trompeten, Celli
und Trommeln in die Hand –
Die Würde und Achtung vor dem anderen,
steckt sie mit Begeisterung an,
schenkt ihnen Liebe, Verständnis
und wahren Sinn fürs Leben in lohnender
Zukunft.

So wurde aus Ramzi, dem Steinewerfer –
Ramzi, der Geiger.
Aus Samir, dem Intifadajungen – Samir, der
Architekt.

Aus Majid, dem Frustrierten – Majid, der Arzt.
Aus Nazmi, dem Geschlagenen – Nazmi, der
Archäologe.

Aus Mahmud, dem Beraubten – Mahmud, der
Dichter.

Aus Sliman, dem Gedemütigten – Sliman, der
Maler.

Aus Noah, dem Traumatisierten – Noah, der
Friedenskämpfer.

Aus Ahmed, dem Gefolterten – wird hoffentlich
ein ganz normaler Familienvater.

Ja, gebt ihnen Geigen in die Hand, den Pinsel,
das Buch oder ein Werkzeug,
Gebt ihnen zurück die menschliche Würde, die
Hoffnung, den Augen ein Ziel.
Und natürlich das Brot und das Wasser,
Das Haus, das Land mit seinen Fruchtbäumen,
Gebt zurück die Ehre dem einzelnen und den
Familien,
Die Freiheit und Sicherheit im eigenen Land!

Gebt ihnen Geigen in die Hand! – dann werden
sie beweisen,

ihre Gene* sind nicht anders als die ganz
normaler Menschen.

Sie werden leben in Frieden mit sich und ihren
jüdischen Nachbarn.

Nach Martin Buber, Hannah Arendt, Yeshayahu
Leibowitz und Yehudi Menuhin
Wär' es nie anders gewesen.

Lasst endlich den Geist des Versöhnens und
Verzeihens wachsen.

**Drum, gebt ihnen Geigen in die Hand und
Hoffnung ins Herz!**

* Ein israelischer General behauptete 2003,
die Palästinenser hätten Gene der Gewalt und
seien deshalb Terroristen.

Friedensaussichten oder neue Intifada?

Der Nahe Osten nach den israelischen Wahlen und der palästinensischen Regierungsbildung

Zwei Ereignisse der letzten vier-
zehn Tage werden Auswir-
kungen auf die Situation im Na-
hen Osten, insbesondere auf den israelisch-palästinensischen Konflikt haben:

- In Israel ging aus Parlamentswahlen am 28. März die von Ariel Sharon neugegründete Kadima-Partei als Sieger hervor.
- Im palästinensischen Autonomiegebiet wurde die von Hamas geführte Regierung nach ihrem Wahlsieg vom 23. Januar vom palästinensischen Parlament bestätigt.

Wie sich das auf den Nahostkonflikt auswirken wird, hängt davon ab, wie sich die sowohl vom palästinensischen als auch vom israelischen Volk gewählten Regierungen zueinander verhalten. Werden sie eine Politik verfolgen, die der täglichen Gewalt ein Ende bereitet und den beiden leidgeprüften Völkern endlich Frieden bringt? Der israelische Friedensaktivist und Träger des Aachener Friedenspreises Uri Avnery schätzt ein, dass das Wahlergebnis eine Niederlage für den seit langem herrschenden religiös-nationalen Block – verkörpert vor allem durch die Likud-Partei Netanyahus – bedeute. Der „Traum von einem Großisrael vom Mittelmeer bis zum Jordan“ sei damit tot.

Modifiziertes „Großisrael“-Projekt

Dennoch verspricht das Programm des Wahlsiegers, des amtierenden Premierministers Ehoud Olmert, keinen Frieden. Dieser erklärte nach den Wahlen, auf den Traum von Großisrael verzichten zu wollen, dafür solle Hamas den Traum der Vernichtung Israels aufgeben. Er erklärte: „Wir sind bereit, Kompromisse zu machen und Teile unseres geliebten Landes Israel aufzugeben.“ Die Erklärung, dass das Land der Palästinenser zu Israel gehöre, hätte einen internationalen Protestschrei hervorrufen müssen. Wie sieht die „neue Realität“ aus, die Olmert schaffen will, auch einseitig, wenn er keinen ihm genehmen palästinensischen Verhandlungspartner hat? Die israelische Seite fordert, dass Hamas vor möglichen Verhandlungen das Existenzrecht Israels anerkennt und der Gewalt abschwört. Doch der israelische Regierungschef Ehoud Olmert ist nicht bereit, in möglichen Verhandlungen das anzubieten, was die Palästinenser von einer Friedensregelung erwarten. Einen lebensfähigen und souveränen palästinensischen Staat mit Ostjerusalem als Hauptstadt will Israel nicht an seiner Seite dulden. In Fortsetzung der Politik von Ariel Sharon will er die israelischen Grenzen bis zum Jahr 2010 einseitig festlegen und die palästinensischen Gebiete von Israel abtrennen. Die nach ihrer Fertigstellung 679 km lange „Trennmauer“ soll zur israelischen Grenze werden,

obwohl sie tief in das palästinensische Gebiet einschneidet. Allein für ihren Bau werden 10 Prozent des palästinensischen Gebietes konfisziert. Das Jordantal und Ostjerusalem sollen unter israelischer Souveränität bleiben. Der Jordan wird nicht die Grenze eines palästinensischen Staates zu Jordanien, sondern faktisch zur israelischen Ostgrenze. Nur etwa 55 000 Siedler sollen das Westjordanland verlassen. 350 000 Siedler werden in großen Siedlungsblöcken unter israelischer Souveränität bleiben. Dadurch und durch die Vielzahl strategischer Straßen wird das Westjordanland zerstükkelt. Israel wird nach verschiede-

Von **HEINZ-D. WINTER**

nen Schätzungen 15 bis 50 Prozent des Westjordanlandes annektieren. Ein solches Projekt ist nicht nur für Hamas, sondern auch für jede andere palästinensische Regierung nicht verhandelbar. Die israelische Seite weiß das, deshalb will sie diese Grenzen einseitig aufzwingen, was nur zu neuer Gewalt führen wird. Mit einem so modifizierten „Großisrael“-Projekt soll für die nächsten Jahrzehnte ein Staat mit jüdischer Bevölkerungsmehrheit gesichert werden, aber Frieden mit den Palästinensern und allen arabischen Nachbarn wird Israel damit nicht erreichen.

Die Hamas-Regierung ist nicht bereit, in ihrer Charta den Passus zu streichen, der Israel das Existenzrecht verweigert, wäre aber zu einen „langen Waffenstillstand“ bereit, wenn Israel sich entschließt, die Okkupation der 1967 besetzten Gebiete zu beenden, das Rückkehrrecht der Flüchtlinge anzuerkennen, die etwa 8000 Gefangenen befreit und die „gezielten Tötungen“ einstellt.

Normale Beziehungen und Frieden mit Israel nach dem Rückzug auf die 1967er Grenzen hat auch die arabische Gipfelkonferenz in Khartum am 29. März bekräftigt. In all diesen Fragen ist aber von israelischer Seite kein Eingehen zu erwarten. Außenminister Steinmeier erklärte in seiner Rede am 22. März zum 100jährigen Bestehen des American Jewish Committee, dass „der Schlüssel, wie es nun weitergeht, ... allein bei der neuen palästinensischen Regierung“ liege. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt aber eindeutig, dass die israelische Okkupation der besetzten Gebiete, Siedlungspolitik und Mauer-Bau zum Nährboden terroristischer Gewalt wurden. So liegt der Schlüssel, der die Tür zum Frieden öffnen könnte, doch wohl bei Israel.

Die Wiederaufnahme oder auch der Neubeginn eines Friedensprozesses ist

nicht so bald zu erwarten. Es gibt Befürchtungen einer neuen Intifada. Beide Seiten sollten alles tun, um eine neue Spirale der Gewalt zu vermeiden. Von israelischer Seite sollte alles vermieden werden, was Selbstmordattentäter zum Handeln provoziert, so vor allem die staatsterroristischen „gezielten Tötungen“ oder solche Aktionen wie der Angriff auf das Gefängnis in Jericho am 14. März. Hamas sollte den seit einem Jahr andauernden Waffenstillstand fortsetzen und andere radikale Gruppierungen von Gewaltaktionen abhalten. Die unmenschlichen Selbstmordattentate haben der palästinensischen Sache großen Schaden zugefügt. Die von Hamas geführte Regierung steht vor wichtigen Aufgaben. Sie muss sich um die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage kümmern, Korruption und Vetternwirtschaft bekämpfen und die innere Sicherheit gewährleisten.

Hamas kann Friedenswillen nicht ignorieren

Letzte Umfragen haben ergeben, dass 75 Prozent der palästinensischen Bevölkerung für einen Verhandlungsfrieden mit Israel sind. Das wird Hamas nicht ignorieren können. Die internationale Gemeinschaft, das sogenannte Quartett aus USA, EU, Russland und UNO, sollte die Bereitschaft der Hamas-Regierung zum Dialog nicht ignorieren. Gerade das wäre wichtig, um einer neuen Welle der Gewalt vorbeugen. Dadurch könnten die Kräfte gefördert werden, die mit realpolitischen Sinn und mit Mäßigung zu handeln bereit sind. Die angeordnete Einstellung der internationalen finanziellen Hilfe für die palästinensische Autonomiebehörde würde, wie die Weltbank in einem Bericht feststellte, zu chaotischen Zuständen führen. Die EU darf nicht nur Forderungen gegenüber der palästinensischen Seite erheben, sie muss auch Schritte unternehmen, um Israel zu einem Handeln zu bewegen, dass in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und den Menschenrechtskonventionen steht. Das sollte auch für die deutsche Nahostpolitik gelten, gerade weil das Eintreten für die sichere Existenz Israels und für Frieden mit allen seinen Nachbarn für die Bundesrepublik Deutschland eine besondere Verpflichtung ist.

Unser Autor, Dr. Heinz-Dieter Winter, ist Botschafter a.D. und Mitglied des Nahost-Forums e.V.

Er schrieb in LN 4'06: „Der Karikaturenprotest und die Zustände in der arabischen Welt“. In LN 5'06: „Das palästinensische Wahlergebnis – Islamismus als Herausforderung für die Politik des Westens“

Natürlich tut es Not, in der Spaßgesellschaft gelegentlich einmal inne zu halten. Aber muss es gleich mit so radikalem Anspruch geschehen wie bei Wolfgang Rihm und seinem Oratorium „Deus Pas-sus“?

Eigentlich hat die christliche Religion als Trost und Hoffnung nach dem Tod die Auferstehung. Nicht so bei Wolfgang Rihm! Er stellt die ganze Passionsgeschichte dar. Eingeschoben sind Texte der katholischen Liturgie. Die Hoffnung der Auferstehung kommt bei Rihm nicht vor, das war ihm wohl zu platt. Er schließt mit einem Text von Paul Celan, den man als Zusammenhang mit dem Holocaust sehen kann. Er kehrt das Christliche um und klagt Gott an: „Bete, Herr, bete zu uns, denn wir sind nah“.

Die Leiden Christi sind Leiden der Menschen, sind Leiden der Menschen an den Menschen, die in 100 Minuten düsterer Musik

Anspruchsvoll

Von **GUNTER HEMPEL**

dargestellt werden. Kaum gibt es Kontraste, wenige Aufhellungen, nur an zentralen Stellen blüht der Chorklang auf, sinkt aber schnell wieder in abgrundtiefe Melancholie hinab. Auf gliedernde Zäsuren verzichtet der Komponist, Soli und Chorsätze gehen ineinander über, darunter liegt ein dicht gewebter Orchestersatz.

Es ist schwere Kost für die Zuhörer, die sie sich an den gedruckten Text klammern müssen, wenn sie nicht nur einen allgemeinen Stimmungseindruck aufnehmen wollen. Aber es erschüttert, auch wenn man sich instinktiv gegen diese abgrundtiefe Traurigkeit wehrt. Das ist na-

türlich vor allem der Interpretation unter Leitung von David Timm zu danken. Peter Held, ein jüdischer Bürger Leipzigs, der 1937 seine Heimatstadt verlassen musste, gab die Anregung, das Werk in der Thomaskirche aufzuführen, Pfarrer Wolff griff den Vorschlag auf, und David Timm setzte ihn um.

Da der Komponist die Proben begleitete, kann man wohl von einer authentischen Wiedergabe sprechen. Das Werk bietet beträchtliche Schwierigkeiten, die vom Leipziger Vokalensemble, Mitgliedern des Leipziger Universitätschores, dem Mendelssohnorchester und den Solisten V. Kaminskaite, M. Schellenberger, K. Zeiner, V. Arndt und B. M. Temme mit Hingabe überzeugend bewältigt wurden. Ein bemerkenswerter, eindrucksvoller Abend. Das ergriffene Publikum dankte nach Innehalten mit starkem Beifall.

Zündende Musik und szenischer Nichtsnutz

Hätte Friedrich Schröder nicht so zünftige Schlager zu diesem Nichts an Bühnengeschehen gefunden, würde niemand mehr nach dieser „Hochzeitsnacht im Paradies“ des Jahres 1942 fragen. Alles nur Operettenklischee.

Das brachte das Team der *Musikalischen Komödie* auf die Idee, die Verfilmung des Stückes als lockere Szenenfolge mit Kulissenzauber anzubieten. Freilich, an Substanz wird dadurch nichts gewonnen. So hängt der Erfolg einzig von der Musik, der szenischen und musikalischen Darbietung ab. Tamara Oswatitsch entwarf reizvolle Kostüme und bewegliche Bühnenbauten, die der Regisseur Karl Absenger nach Belieben verschob und drehte

Absenger, in Sachen Personenführung nicht eben der ideenreichste Regisseur, kann sich auf seine Akteure verlassen. Und wenn die Zwischenspiele der Gesangsnummern, die Chorszenen fast so beweglich choreographiert werden wie die Szenen des kleinen, aber fantastischen Balletts (Mátyás Jurkovic), ist die Freude groß. Beate Gabriel und Andreas Reiner haben als Buffopaar den „Seriösen“ Jana Hruby und Michael Helm Einiges voraus. Karl Zugowski steigert die kleine Pfortnerrolle im Hotel „Paradies“ zum Kabinettstück.

• **WERNER WOLF**



Der Wahrheit auf der Spur: Musste es mit Horn so enden?

Foto: Rolf Arnold /Schauspiel Leipzig

Suche nach Antworten

Leipzig darf sich glücklich schätzen, die Uraufführung der Theaterfassung von Christoph Heins Roman „Horns Ende“ in der Neuen Szene erlebt zu haben. Der umstrittene wie geliebte Roman zieht uns in die Welt von Bad Guldenberg. Museumsleiter Horn nahm sich in diesem verschlafenen mitteldeutschen Städtchen im Sommer 1957 das Leben. Zeugen kommen zu Wort. Die vorsichtige Annäherung an das Wie und Warum offenbart das Versagen der vermeintlich Unbeteiligten. Der 1985 im Aufbau-Verlag erschienene Roman ist von Regisseur Armin Petras (Sterne über Mansfeld) für die Bühne bearbeitet worden. Herausgekommen ist ein Destillat von bitter-süßer Nostalgie. Es berauscht und schmerzt zugleich, brennt nach Wahrheit. Robert Kuchenbuch ver-

leiht dem Museumsleiter Horn die notwendige Portion stoischer Aufrichtigkeit, aber auch die immanente Verletzlichkeit. Sein Gegenspieler, der Bürgermeister Kruschkat, von Ronald Kukulies gespielt, schwankt zwischen Selbstmitleid und Härte.

Verstaubte Theaterkostüme und altersschwache Requisiten teilen sich einen Dachboden mit vom Leben Müde gewordenen. Ein arbeitsloser Theaterdirektor mit Tochter, eine kinderlose Putzfrau, ein polnisches Dienstmädchen, ein pendelnder Maurerpolier, ein Theologiestudent mit Schauspielereambitionen, eine Geliebte und ein Hausmeister – sie treffen und reiben sich in diesem Berliner Mietshaus. Gerhart Hauptmanns „Die Ratten“ zeigt und deutet Konflikte und Spannungen, die schmerzende Vereinsamung des Individuums in bürgerlicher Welt.

Es ist nicht nur die Tragödie einer kinderlosen Frau, es ist die Abbildung des zur

Verzweiflung treibenden Laufrades eines düsteren Alltages, des ewigen Kampfes der Kleinen gegen die Verhältnisse. Regisseurin Karin Henkel arbeitet auf der großen Bühne des Schauspielhauses die erschreckende Aktualität der 1911 uraufgeführten Tragikomödie heraus. Heidi Ecks als kinderlose Putzfrau – mit leider aufgesetzt wirkendem Berlinerisch (Dialekt allein macht eben noch keine Dialektik) – meistert die Schwierigkeit, sich zwischen Berechnung und Schuldgefühlen auszutarieren. Thomas Huber als Theaterdirektor, der nicht mehr zwischen Bühnen und Realität unterscheiden kann: die Szenerie beherrschend, das Publikum roh fesselnd. Am wenigsten moralisch anfechtbar erscheint der Theologiestudent Spitta, dessen komisch wirkende Schauspielversuche direkt proportional zu seiner mäßigen Art sind: Torsten Ranft hat den schwersten Teil des Abends.

• **D. M.**

Da wird aber der Videorecorder wieder zu tun haben. Mit dieser Bemerkung beschreiben die Tageszeitungen in ihren Fernsehtipps die Misere, dass das Programm sehr oft auf dem Kopf steht, dabei nicht etwa kopflastig ist. Will sagen: Kultur und Qualität meist nur für schläfrige Augen.

Da half auch die kürzlich geplante „Russische Woche“ im mdr-Fernsehen nicht. „Anna Karenina“ – ein tolles Stück Weltliteratur, noch dazu gut in Szene gesetzt, begann kurz vor Mitternacht. Selten genug steht diese Produktion mit der einst berühmten Tatjana Samoilowa (Die Kraniche ziehen) in den heutigen Fernsehspalten, diesmal musste die Karenina so lange ausharren, weil Ekel Alfred zum x-ten Mal wiederholt wurde.

Dieses Warten hat Methode, wenn dieser Tage im gleichen Programm zunächst „Das Hirtenlied vom Kaisertal“ den Montagabend versüßt, bevor dann in „Die Legende von Paul und Paula“ weit nach Mitternacht der Drachen steigt. (Die Domröse wurde dieser Tage 65.)

Haben sie schon mal in schlaflosen Nächten ihre Fernbedienung traktiert. Ich

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Raritäten

Von **MICHAEL ZOCK**

meine jetzt nicht mit den Kanälen, wo man selbst im Dunkeln noch Rot werden kann. Nein. Ganz seriös im NDR-WDR-MDR-BR-Programm. Meist zwischen 2 und 4 Uhr morgens. Da trifft man auf Sehenswertes, was in den Zeitschriften leider nur mit der Floskel Nachtprogramm abgetan wird.

Da ist es ja wirklich schon publikumsfreundlich, dass der interessante und heute wirklich vergessene, sehenswerte DEFA-Film „Das zweite Gleis“ am 10. April schon kurz vor 23 Uhr im mdr ausgestrahlt wird. Produziert 1962. Seinerzeit kein rechter Erfolg, denn die Leute genossen ihre neuen Fernsehgeräte. Die-

ser alte DEFA-Film ist eine der seltenen Babelberger Hauptrollen des damaligen Intendanten des Berliner Maxim-Gorki-Theaters Albert Hetterle. Und eine äußerst sensible Sozialstudie über Schuld und Sühne im DDR-Alltag und die Schatten der Vergangenheit. Annekathrin Bürger, Horst Jonischkan und Helga Göring wirken ebenfalls mit. Es lohnt.

Das hat lange gedauert, bis einer der erfolgreichsten DEFA-Kinderfilme nun fürs DVD-Heimkino aufbereitet wurde. „Der Moorhund“. Wer in den 50er Jahren geboren wurde und um das Kino keinen Bogen machte, kennt dieses Tier und seinen geheimnisvollen Besitzer (Horst Kube). Und als Zugabe gibt es in der gleichen Edition noch „Moritz in der Litfass-Säule“. Da trifft der Knirps doch tatsächlich eine sprechende Katze. Mit Verlaub, diese beiden „Tierfilme“ lohnen auch Jahrzehnte nach ihrer Premiere das Wiedersehen. Moritz wurde übrigens erdacht von Autorin Christa Kozik. Sie sorgte auch für den nachhaltigen Erfolg „Sieben Sommersprossen“. Drei Wochen lief der damals im Leipziger Capitol.

Gefragt:

Wie konntet ihr d a s nur aushalten? - wurde die *First Lady* der DDR-Filmkritik Margit Voss von einem jungen Kollegen aus den alten Bundesländern gefragt. Er hatte gerade „Der Rote Kakadu“ gesehen, in dem es von absurden Szenen nur so strotzt.

Geantwortet:

Ja, wie konnte man das nur aushalten. Weil es s o nicht war. Das Leben war halt anders.

... die Kenntnis des Lesens und Schreibens allein genügt nicht, sondern man braucht die Kultur, die zum Kampf gegen Schlendrian und Bestechlichkeit befähigt. Beide sind ein Geschwür, das sich durch keine militärischen Siege und durch keine politische Umgestaltung ausheilen lässt.

LENIN

Dokumente zum Fall Noel Field

Anfang der 50er Jahre war Noel Field Zentralfigur in politischen Strafprozessen, die vor allem in Budapest, Sofia und Prag stattfanden. „Figur“, weil er zwar in Budapest in Isolation gehalten wurde, aber in keinem Prozess angeklagt war oder als Zeuge gehört wurde. Die Prozesskonstruktionen nutzten Field wie eine Kunstfigur, um Persönlichkeiten der kommunistischen Parteien zu beschuldigen, als Agenten oder zumindest Abhängige eingedrungen zu sein. Diese Verfolgungen und die willkürlich konstruierten Anschuldigungen müssen als Teil der Absicht Stalins gesehen werden, die Emanzipation sozialistischer Länder zu einem „eigenen Weg zum Sozialismus“ zu unterbinden und die uneingeschränkte sowjetische Hegemonie zu sichern. Noel Field war ein Linker, er verstand sich als Kommunist. In der 30er Jahren war er im Außenministerium der USA, später im Völkerbund in Genf tätig. Er hatte Kontakt zu in die USA emigrierten deutschen Antifaschisten, die für den sowjetischen Auslandsnachrichten-

dienst arbeiteten. Aus politischer Überzeugung engagierte auch Field sich für die sowjetische Aufklärung. Aus der Diplomatie ausgeschieden, leitete er seit 1941 eine amerikanische antifaschistische Hilfsorganisation, die christlichen Unitarier (USC), die er in Südfrankreich und in der Schweiz zu einer „Roten Hilfe“ werden ließ. Vielen Antifaschisten, die vor dem Faschismus emigriert waren, darunter viele ehemalige Spanienkämpfer, leistete Field Überlebenshilfe und half einigen, nach Übersee zu entkommen. Während des Krieges gelang es dem USC-Manager, auch von seinem früheren Kollegen aus dem State department, Allan Dulles, jetzt Diplomat in der Schweiz und Geheimdienstresident, Unterstützungsgelder für seine „Rote Hilfe“ zu bekommen sowie technische Hilfe für die Rückkehr der Emigranten aus Frankreich und der Schweiz in ihre Heimatländer. Die entsprechenden Kontakte waren den Parteiorganen bekannt – nun wurden sie als Agentenwerbung umgefälscht. Nach Stalins Tod wurde auch Field rehabilitiert,

er blieb mit seiner Frau Herta in Ungarn. Vom Komplex Field waren auch viele deutsche Kommunisten betroffen. Anhand vieler z. T. erstmals publizierter Dokumente aus ungarischen Geheimdienstarchiven und ihrer kritischen Verifizierung gibt Barth authentische Einblicke in Zusammenhänge und Absichten sowie in die tragischen Schicksale Betroffener.

• **WOLFGANG HARTMANN**

Der Fall Noel Field. Schlüsselfigur der Schauprozesse in Osteuropa. Hrsg. Bernd-Rainer Barth u. Werner Schweizer in Verbindung mit Thomas Grimm.

Bd. I Gefängnisjahre 1949–1954; Dokumente 1–118, 42 Fotos; 2005. 933 S. Mit einer DVD des Filmes von W. Schweizer „Noel Field – Der erfundene Spion“. 44,80 Euro
Bd. II Asyl in Ungarn, Dokumente 119–162, 57 Kurzbiografien der wichtigsten Akteure, Quellen und Archive, Literaturverzeichnis, Sachregister, Personenregister. Basisdruck Berlin 2006. 29,80 Euro

Wohin verschwindet der Reichtum?

Ein Mythos hat sich ausgebreitet. Es sei nichts mehr da für den Erhalt des Sozialstaats auf dem erreichten Niveau...“ Das ist der Ausgangspunkt von Dieter Kleins Enthüllungen. Er sieht durch Medienmacht das Paradoxon verdrängt, dass das Bruttoinlandsprodukt ständig anschwillt und dennoch die Standards sozialer Sicherung nicht zu halten seien, und er zerstört faktenreich die suggerierte Meinung, wonach selbst bei den Reichsten keine Ressourcen mehr zu mobilisieren seien und widerlegt faktenreich angeblich zu hohe Lohnnebenkosten und Steuern berufen. Der Autor konzentriert sich auf Deutschland, bezieht aber vielfach Fakten und Erfahrungen aus Europa und aller Welt ein. Nach der Betrachtung der ungerechten Reichtumsverteilung im globalen Maßstab analysiert der Autor die Polarisierung des Reichtums anhand von Managergehältern und der wachsenden Ungleichheit in der Vermögensverteilung, mit der zunehmend eine Konzentration von politischer Macht verbunden ist. Er zeigt, wie heute die Finanzmärkte der Produktionssphäre den Rang ablaufen und die Banken zunehmend an Einfluss gewinnen und wie die Liberalisierung der Weltwirtschaft den transnational wirkenden Unternehmen neue Räume für die Reichtumsanhäufung eröffnet. Klein analysiert solche Reichtumsquellen wie Wissen und Information, Boden und Immobilien. Im Zusammenhang mit dem Gebrauchsvermögen betrachtet er den Luxus der Reichen und Superreichen. Während die CDU/CSU versucht, den Begriff der Verteilungsgerechtigkeit zugunsten der Profiteure zu revidieren, weist Klein nach, indem er auf den Gegenpol verweist, dass

Reichtumszuwachs und Verarmung unmittelbar zusammenhängen, was in den Armutsberichten der Bundesregierung geschickt ausgeblendet wird. Ausführlich behandelt werden die Vernichtung von Reichtum durch Umweltverschlechterung, Krieg, Rüstung und Kriminalität sowie „Defekte an den Quellen des Reichtums“, wie die Arbeitslosigkeit. Eingehend beschrieben werden die zerstörerischen Wirkungen der internationalen Finanzmärkte für die Reichtumsentwicklung, wo unkontrolliert „märchenhafte Vermögen zirkulieren – und wie in einem Bermudadreieck auch verschwinden“. Klein geht dann auf ein Problem ein, das nicht durch eine Veränderung der Verteilungsverhältnisse und eine neue Sozialpolitik zu lösen ist: das Erreichen der Grenzen des Wachstums, die Gefahr eines drohenden ökologischen Kollaps. Die Lösung ist für ihn nur in einer „Abkehr vom neoliberalen Mainstream“ zu finden, weil dessen ökonomische Grundschwäche ist, alle Probleme durch Wachstum zu lösen. Neue Regulationsweisen seien zu finden, der Autor deutet die Richtung an. Das letzte Kapitel ist dem Menschen als „wirklichem Reichtum“ gewidmet und gipfelt in der These: Humanreichtum – das Maß für Alternativen. Rund 50 Diagramme, Tabellen und Faktenzusammenstellungen sowie eine aufgelockerte typografische Gestaltung erleichtern sehr die Informationsaufnahme.

• **GÜNTER LIPPOLD**

Dieter Klein: Milliardäre – Kassenleere. Rätselhafter Verbleib des anschwellenden Reichtums. Karl Dietz Verlag, Berlin 2006 (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte Bd. 28). 246 S., 12,90 Euro

Religiöse Gemeinschaften von Ausländern in Leipzig

Seit 1990 ist in Leipzig die Anzahl ausländischer Bürgerinnen und Bürger auf etwa 30 000 gestiegen. Diese bringen neben den wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Potenzen auch religiöse Überzeugungen mit. Neu etablieren konnten sich Religionsgemeinschaften der Sikhs, Buddhisten und Muslime. Ebenso entwickelte sich durch Zuzug aus der früheren Sowjetunion und deren Nachfolgestaaten neues Leben in der hiesigen jüdischen Gemeinde. Ein den interreligiösen Dialog förderndes Studienwerk „Glaubenswelten in Leipzig. Religionen von Zuwanderern“ porträtiert über 30 Gemeinschaften, in der sich die aktuelle Vielfalt des religiösen Glaubens in der Messestadt offenbart. Literaturhinweise, aber auch Anschriften, Telefonnummern sowie Fotos, die religiöse Zeremonien erkennen lassen, sind beigelegt. Die Auflage beträgt 500 Exemplare.

• **H. GERATHEWOHL**

Autorenteam: Glaubenswelten in Leipzig. Religionen von Zuwanderern. Hrsg. Interkulturelles Forum e. V. Leipzig 2005. 117 S., 6,50 Euro



Sächsische Balladen

Die im Jahre 2000 vom Eulenspiegel-Verlag aufgelegte CD wurde jetzt im Verlag Unterlauff neu herausgebracht. Mit Zauwerlähring, Glogge, Erlgeenich und insgesamt 14 klassischen Balladen in Lene-Voigt-Zuschnitt und in unverfälschtem Sächsisch.

Eine literarische Mischung aus Geschichte und Geschichten

„33 Verführungen zur Literatur der Moderne“ verheißt der Untertitel von Axel Helbigs Textsammlung, die unter dem (Ober-) Titel „Annäherung an das Unsagbare“ in der Edition Erata zum Jahreswechsel erschienen ist. Und in der Tat verführt der Dresdner Axel Helbig, seines Zeichens Redakteur der Literaturzeitschrift „Ostragehege“, den Leser dazu, die Vielfalt und Internationalität der Literatur der Moderne wahrzunehmen. Der Blick geht weit über den Rand des deutschen Kassensbuches hinaus. Denn in Abwandlung der Bemerkung des Lyrikenners Hugo Friedrich („Struktur der modernen Lyrik“) lässt sich sagen: Die Beurteilung zeitgenössischer Literatur begehrt fast durchweg den Fehler, nur auf das jeweilige Land und auf die letzten zwanzig oder dreißig

Jahre zu achten. Dem wirkt Helbig entgegen. Sein Ansatz ist nicht von ungefähr die Lyrik und das Leben des andalusischen Dichters Federico Garcia Lorca. Den (gewiss) anlässlich des 100. Geburtstags (1998) geschriebenen Aufsatz setzt Helbig an den Anfang seiner Sammlung. Tief lotet er hier Lorcass vielfältige Rolle im Kreise der „Generation von 27“ aus, in jener Gruppe, die sich 1927 zum Gedenken an den Dichter des Barock Luis de Góngora y Argote (1561–1627) gegründet hatte. Im August dieses Jahres, das von unzähligen Jubiläen bestimmt ist, jährt sich überdies zum 70. Mal der Tag, an dem

Lorca im spanischen Bürgerkrieg, als 38-jähriger, in der Blüte seines Schaffens, von Nationalisten hingerichtet wurde. Helbigs Prolog folgen Texte zu Guillaume Apollinaire (1880–1918), einen der ersten Großstadtdichter, zu Ezra Loomis Pound (1872–1972), dem Daueramerikaner in Europa, zu Saint-John Perse (1887–1948), jenem Dichter im Diplomatenrock, und schließlich zu Hans Arp (1887–1966) und anderen wie Georg Heym (1887–1912), Samuel Beckett (1906–1989), Günter Eich (1907–1972), Heinrich Böll (1917–1985) und Thomas Bernhard (1931–1989). Als Epilog setzt Axel Helbig

seinen Beitrag zu dem Schweizer Literaten Walter Muschg (1898–1965). Muschgs Schrift „Die Zerstörung der deutschen Literatur“ von 1956 wird der Leser dieser Sammlung von Miniaturen, Kalenderblättern und essayistischen Beiträgen selbst nachlesen müssen. Helbig will, wie gesagt, zum (Nach-) Lesen verführen und gibt ein paar Kostproben (-brocken) aus Muschgs Hauptwerk „Tragische Literaturgeschichte“, das 1948 unter dem Eindruck europäischer nationalistischer Barbarei entstanden ist. Ein mehrseitiges Personenregister, das sich von Konrad Adenauer bis Stefan Zweig er-

streckt, ergänzt den Band. Ein Mangel des Buches, der vermeidbar gewesen wäre, ist ein fehlender Dossier des Verfassers (eine essayistische Selbstauskunft oder bloße Angaben zur Biografie dieses Lesers hätte sich hier angeboten) und dem Band insgesamt mehr Lese(r)-freundlichkeit gegeben. Denn Axel Helbig hat ohne Einschränkung lesenswerte Beiträge zu einem gut lesbaren Buch zusammengetragen; eines, das sich als Mischung aus Geschichte und Geschichten ausnimmt und ohne erhobenen Lesefinger auskommt.

• **RALPH GRÜNEBERGER**

Axel Helbig: Annäherung an das Unsagbare. 33 Verführungen zur Literatur der Moderne. Edition Erata, Leipzig 2006. 153 S., 14,95 Euro

Es war zum Ende der 40er Jahre, die BRD war gerade aus der Taufe gehoben, ich gerade 11 Jahre alt geworden. In diesen Jahren nahm mich mein Vater regelmäßig stets um den 16. April zu einer Manifestation mit. Vor einem einfachen, von mehreren Familien bewohnten Haus an der Tarpenbekstraße im Hamburger Stadtteil Eppendorf versammelten sich nicht nur Kommunisten. Auch Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Freidenker erschienen zur Gedenkfeier für Ernst Thälmann. Blumengebinde und Kränze wurden vor der schlichten Gedenktafel des Kommunisten und Arbeiterführers, der einmal im Haus mit der Nummer 66 wohnte, niedergelegt. Observed wurde die Veranstaltung durch die politische Polizei. Unweit stand auch ein Einsatzkommando der Polizei, noch mit einem Tschako als Kopfbedeckung. Mit dem Verbot der KPD am 17. August 1956 war es auf lange Jahre mit einem öffentlichen Gedenken an Ernst Thälmann vorbei. Das änderte sich erst, als sich die DKP 1968 konstituierte.

Für die jüngste deutsche Geschichte hat Ernst Thälmann große Bedeutung. Er wurde am 3. März 1933 auf Anordnung der Nationalsozialisten wegen Hochverrats von der Polizei verhaftet. Damit begann für ihn eine Leidenszeit und eine Odyssee durch die Gefängnisse und Zuchthäuser des Deutschen Reiches. Am 18. August 1944 wurde Thälmann auf

Vor 120 Jahren wurde Ernst Thälmann geboren

Ein Arbeiterführer

Gedanken eines Hamburgers / Von Karl-Heinz Walloch

direkten Befehl von Hitler und Himmler im Konzentrationslager Buchenwald ermordet. Seine Leiche wurde sofort im Krematorium des Lagers verbrannt. Trotz seiner langjährigen NS-Haft blieb Ernst Thälmann bis zu seinem Tode einer dem Wunsch nach sozialistischen Gesellschaft treu.

Diese Bedeutung von Ernst Thälmann für unsere Geschichte wurde mir erst klar, als ich für einen Dokumentarfilm über den Arbeiterführer in Archiven umfangreiches Filmmaterial sichtete. So fand ich im Filmarchiv in Potsdam-Babelsberg bisher unveröffentlichte Wochenschauspiels sowjetischer Kameramänner, die den Hamburger, geboren am 16. April 1886, während eines Meeting in einem Kombinat in Moskau zeigen. Nach dem Internationalisten Thälmann wurde nicht von ungefähr eine militärische Formation im Spanischen Bürgerkrieg nach dem deutschen Arbeiterführer die *Thälmann-Kolonne* genannt. Paul

Dessau textete und vertonte u. a. diese Zeilen: „Rührt die Trommel! Fällt die Bajonette! Vorwärts, marsch! Der Sieg ist unser Lohn! Mit der Freiheitsfahne brecht die Kette! Auf zum Kampf, das Thälmann-Bataillon“. Das war nicht nur Paul Dessaus Verbeugung vor dem in Nazihaft sitzenden Ernst Thälmann. Und im Refrain heißt es: „Die Heimat ist weit, doch wir sind bereit. Wir kämpfen und sterben für Dich – Freiheit!“ Ernst Busch als Interpret des Liedes brachte das Thälmannlied mit weiteren Liedern der Internationalen Brigaden aus dem Spanischen Bürgerkrieg in der katalonischen Hauptstadt Barcelona 1937/38 erstmalig unter dem Titel „Canciones de las Brigadas Internacionales“ auf Schellack gepreßt, heraus.

Thälmanns heute zu gedenken heißt, sich für den Anspruch auf eine wie der Welt ohne Ausbeutung, Hunger und Krieg einzusetzen. Dieser Kampf ist

heute genauso nötig wie zu Lebzeiten von Ernst Thälmann, insbesondere angesichts des weltweiten millionenfachen Hungers und Elends und des Einsatzes deutscher Soldaten auf internationalen Kriegsschauplätzen. Deutsche Stahlhelme sind heute wieder präsent auf dem Balkan, am Roten Meer, dem Indischen Ozean und Afghanistan. Und demnächst als Kolonialarmee in der Demokratischen Republik Kongo. Seiner heute zu gedenken heißt, sich auch hierzulande für die über fünf Millionen Arbeitslosen einzusetzen und gegen einen fortgesetzten Sozialabbau, der nicht erst mit der Agenda 2010 und Hartz IV unter einer rot-grünen Regierung begann. Diese Politik setzt die schwarz-rote Regierung fort. Eine sozialistische Welt, die den Idealen Ernst Thälmanns entspricht, muss heute erkämpft werden. Auf meinen zahlreichen Reisen über die Iberische Halbinsel habe ich Ernst Buschs „Canciones de las Brigadas Internacionales“ immer dabei. Selbst die „Thälmann Kolonne“ wirkt in den Weiten Spaniens nicht nostalgisch. Es ist nicht das Spanien jener Jahre, auch wenn es hier noch vieler gesellschaftlicher Veränderungen wie in der Bundesrepublik bedarf. Ich gedenke Ernst Thälmann jedes Jahr zweimal: am 14. April und am 18. August. Vielleicht wird es doch noch einmal etwas mit einer anderen Gesellschaft hierzulande.



Ernst Thälmann am 1. Mai 1926 in Hamburg

Das Thälmann-Bataillon deutscher Antifaschisten im Spanischen Bürgerkrieg 1936–39



Aktuellste Nachrichten scheinen die Prognose des amerikanischen Politologen Huntington zu bestätigen: Der „Kampf der Kulturen“ werde die Weltgeschichte bestimmen. Besondere Aufmerksamkeit gewinnt auch bei ihm der Kampf der islamischen mit der „westlichen“ bzw. „nordatlantischen Kultur“, die er in Europa und Amerika ortet. Ignoriert werden aber der Kapitalismus als sozialökonomische Grundlage dieser Kultur und als wesentliche Ursache ihrer Aggressionen. Auch die Existenz philosophischer neben ihren religiösen Komponenten, die schon im feudalen Frühstadium jener Kulturen zu verzeichnen waren, bleiben unbeachtet.

Für jene Philosophien waren Aristoteles und seine unterschiedliche Rezeption bedeutsam. Diese erfolgte aber zuerst im arabischen, vom Islam beherrschten Kalifat, das um 750 von Usbekistan bis Spanien reichte. Mit entwickelter Waren- und Geldwirtschaft und ausgedehntem Fernhandel entstand hier in enger Verbindung mit medizinischen und anderen Wissenschaften eine bedeutende Philosophie. Ausgehend vom Islam und ohne gegen ihn direkt zu opponieren, tendierte

„Mit dem Licht der Vernunft die Lüge besiegen“

Vor 600 Jahren starb der Staatsmann, Jurist und Historiker Ibn Khaldun (1332–1406)

sie zu einem philosophischen Materialismus, der sich mit monotheistischer Allmacht nicht vereinbaren ließ. Ihre maßgebenden Vertreter waren die Ärzte al-Farabi, Ibn Sina (Avicenna) und Ibn Ruschd (Averroes).

Deren Aristoteles-Interpretation, die im 10. Jahrhundert einsetzte, gelangte auch ins christliche Europa. Im Gegensatz zu dieser wurde hier aber Aristoteles letztlich idealistisch interpretiert und der Religion wie der Feudalordnung dienstbar gemacht. Der herausragende Vertreter dieser dominierenden Richtung war der Scholastiker Thomas von Aquino (13. Jahrhundert). In noch stärkerem Maße wurde die Geschichtsschreibung durch die Theologie bestimmt. Im Bereich des Islam konnte sie sich

dagegen unter dem Einfluss jener großen Philosophen von religiöser Dominanz befreien. Das erfolgte durch Ibn Khaldun. Sein auf Araber und Berber konzentriertes Geschichtsbild ist mit einer bedeutenden Geschichtstheorie verbunden, die aus seinen politischen Erfahrungen erwuchs. Ausgehend vom geografischen Milieu, dem Lebens- und Arbeitsprozess und dem aus ihnen erwachsenden „Gemeinsinn“ vorherrschender Stämme und Familien wird der Übergang vom Nomadendasein zu städtischer Zivilisation untersucht, die ihre höchste Form in Staatsbildungen erreicht. Doch Luxus, Korruption, Demoralisation, soziale und politische Gegensätze und Entsolidarisierung bewirken deren Untergang. Auf die Gründer und Bewahrer des Staates

folgen seine Zerstörer. Ein gesetzmäßiger zyklischer Prozess sichert aber einen Neubeginn. Auch Voraussetzungen und Aufgaben der Historiographie werden bestimmt. Sie müsse „den Teufel der Lüge mit dem Licht der Vernunft ... besiegen“.

Während auch nach dem Untergang des arabischen Kalifats im 14. Jahrhundert, in dem das Werk entstand, vor allem Averroes in Europa progressiv fortwirkte, erfolgte hier die Entdeckung Ibn Khalduns erst durch die Orientalistik im 19. Jahrhunderts. Mit Machiavelli, Vico, Montesquieu, Herder u. a. wurde er verglichen. Im 20. Jahrhundert gewann er mit der Entwicklung eines marxistischen Geschichtsdenkens in arabischen Ländern, das seine zyklische Version durch eine dialektische Fortschrittsauffassung aufhob, eine besondere Bedeutung. Und der französische Marxist Y. Lacoste sah in ihm einen „fernen Vorläufer des Historischen Materialismus“. In der DDR erfolgte seine Würdigung unter analogen Aspekten durch H. Simon, H. Ley und in der „Geschichte der Araber“ (L. Rathmann u. a.).

• WERNER BERTHOLD



Von
**KLAUS
HUHN**

Nicht um irgendwelcher längst verblichener Verdienste willen, sondern einzig um der Pflicht umfassender Information Rechnung zu tragen, teile ich Ihnen eingangs mit: Hier schreibt einer, der 37 Jahre in der Hauptleitung der Friedensfahrt saß und weil die Herren, die dorthin entsandt wurden, den Gepflogenheiten der Internationalen Radsportföderation Rechnung tragend, ihre Funktion der französischen Sprache entlehnten, trugen wir den Titel „directeur“. Nun wissen Sie allerhand über mich: Ich also war über Jahrzehnte jedes Jahr im Mai ein „directeur“!

Das mag einer der Gründe sein, warum mich alte Freunde und Genossen, die im Denken welche geblieben sind, alljährlich im Frühjahr nach den Chancen der Friedensfahrt befragen. So auch 2006. Mit einem der Frager hatte ich sogar eine e-mail-Korrespondenz, weil er mir nicht glauben wollte, dass die Ur-Friedensfahrt nie wieder stattfinden wird und – meine Behauptung nicht akzeptierend – den Hinweis auf die vielen fehlenden freiwilligen Helfer der Original-Friedensfahrzeiten damit beantwortete, dass ein Aufruf im Fernsehen genügen würde, sie wieder zu mobilisieren. Ich mailte ihm als Antwort die Episode einer Begegnung mit dem legendären Tour-de-France-Direktor Jacques Goddet. Ja, dieser Mann kam gern zur Friedensfahrt und ich habe manche Stunde mit ihm verplaudert. Heute wird von Ahnungslosen gern verbreitet, die DDR habe danach gestrebt, die Tour de France zu kopieren oder zu übertreffen. Diese Lüge passt nur dort, wo man zuvor die andere Lüge einpeist, wonach die DDR immer und überall die Erste sein wollte. Wenn's recht ist: Die Tour de France war

ein Profi-Rennen, die Friedensfahrt ein Amateuretappenrennen. Der Stolz der DDR – zusammen mit den Polen und den Tschechoslowaken – bestand darin, zum ersten Mal in der Welt ein solches Amateurrennen auf die Beine zu stellen, denn bis 1945 gab es höchstens welche, bei denen die Amateure jeden Sonntag eine Etappe absolvierten. Auch die von dem *Ex-junge-Welt*-Redakteur Manfred Hönel pausenlos verbreitete Version, ein tschechischer und ein polnischer Sportjournalist hätten 1947 die Idee gehabt, im Osten die Tour de France nachzuahmen, ist schlichter Schwachsinn. Der betreffende Tscheche war nie ein Sportjournalist, sondern Omnibusschaffner – und einer meiner besten Freunde – und der Pole hatte 1947 noch

der Dusche stehen.“

Das schilderte ich meinem e-mail-Partner, weil auch heute hierzulande keiner dafür garantieren könnte, dass unter den Freiwilligen keine Ganoven wären. Und keine Versicherung der Welt würde in diesem Fall eine Diebstahlsversicherung abschließen.

Also: Auf die Betreuer am Ziel – früher Schüler oder Lehrlinge –, von denen ehemalige Teilnehmer des Rennens heute noch schwärmen, müsste wohl verzichtet werden. Auf manches andere auch, weil sich zwar heutzutage Sponsoren finden, aber zum Beispiel kaum ein Fünfsterne-Hotel, das seine Tiefgarage kostenlos als Fahrradwerkstatt zur Verfügung stellen würde.

Mit einem Wort: Die Friedensfahrt lebt noch immer, weil ihr Ruf sich über eineinhalb Jahrzehnte bewahrt hat, aber die Struktur des Rennens – noch treffender: sein Geist – kann sich in dieser Gesellschaft bei allem guten Willen nicht behaupten.

In einer Pressemitteilung wurden unlängst die neuen Chefs des Rennens vorgestellt: Boss ist der Schweizer Herbert Notter, den ich 1985 als Schweizer Mannschaftsleiter kennengelernt hatte. Einer also, der die „alte“ Fahrt noch kannte. Hinzu kommen Cestmir Kalas aus der CSR und Thomas Barth aus Deutschland. Und wer gibt das

Geld? Skoda. Und weil Skoda mehr Autos in Österreich als in Polen abzusetzen hofft, beginnt das Rennen diesmal in Österreich und verzichtet auf Polen. Übrigens: Die bisherigen Chefs der Fahrt, der Tscheche Dolezal und der Deutsche Strenger haben sich derart überworfen, dass sie beide „aussortiert“ wurden. Warum? Weil zumindest einer von beiden mit dem Rennen reich werden wollte. Und dazu eignet es sich bis heute nicht.

Das beediet einer, der 37 Jahre directeur war und nicht einen Pfennig, keinen Zloty und keine Krone dafür bekam. Und der dem Rennen auch für die Zukunft viel Erfolg wünscht, auch wenn es nicht mehr das Rennen von einst ist.

Und ganz am Rande: Auf den diversen Internetseiten findet man nur einen „Friedensfahrt-Club“, aber verteidigt hat das Rennen durch die Jahre das Kuratorium Friedensfahrt an dessen Spitze mit Gustav-Adolf Schur jemand steht, der bekanntlich mit der Geschichte der Fahrt einiges zu tun hat.

Sportkolumne

Es lebe die Friedensfahrt

extrem andere Sorgen, als die Tour de France zu kopieren. Initiatoren des Rennens waren tatsächlich das polnische Zentralorgan *Glos Ludu* und die tschechoslowakische Parteizeitung *Rude Pravo*, und der damalige CSR-Staatspräsident Gottwald spendierte die Rennräder, die man in der Schweiz erwarb, weil es in Polen und in der Tschechoslowakei daran damals mangelte.

Ich holte hier ein wenig aus, weil die „Aufarbeitung“ auch die Friedensfahrt erreichte und Leute wie Hönel sich da „verdient“ zu machen versuchten.

Eine der brillanten Friedensfahrtideen war bekanntlich, Betreuer am Etappenziel so zu platzieren, dass selbst ein nur des Finnischen mächtiger Rennfahrer ihn blitzschnell fand, dieweil er seine Startnummer auf Brust und Rücken trug. Goddet damals: „Unglaublich, aber leider bei uns nicht möglich!“ Ich fragte ihn „Warum?“ und er antwortete offenerherzig: „Weil sich bei uns Diebe einschlichen, die den Rennfahrern die Räder klauen würden, während die unter

Ohne Begleitmusik der Springer-Presse ist Roger Kusch von seinem langjährigen Freund Ole von Beust aus dem Senatorenamt entlassen worden. Postwendend kündigte der Ex-Justizsenator – nach 34 Jahren – seine CDU-Mitgliedschaft.

Auch der neue Justizsenator wurde gewählt. Nur einer aus der CDU-Fraktion versagte Carsten-Ludwig Lüdemann seine Stimme.

Es ist das zweite Mal, dass Hamburgs Regierungschef einen seiner Senatoren aus dem Amt entlassen musste.

Der erste, den Ole von Beusts Zorn traf, war sein Innensenator Ronald Barnabas Schill von der Partei rechtstaatliche Offensive (PRO). Schills Rauswurf löste Neuwahlen aus. Seit März 2004 regiert die CDU in Hamburg mit absoluter Mehrheit.

Der nun geschasste Justizsenator war seit 31. Oktober 2001 Präses der Justizbehörde. Ole von Beust holte Kusch, der beim Bundesgerichtshof als Oberstaatsanwalt war, als Sicherheitsberater der CDU an die Elbe. Nach Schills Abgang wurde Kusch mit dem Posten eines Justizsenators belohnt. Schill nahm Rache und enttarnte die enge Freundschaft von Ole von Beust und Roger Kusch.

Akuter Anlass der Entlassung von Kusch ist die sogenannte Protokoll-Affäre, bei der geheime Papiere eines Untersuchungsausschusses über die Hamburger Justizbehörde unter anderem zur CDU-Bundestagsfraktion nach Berlin gelangt waren. Noch im Amt erklärte der Justizsenator, dass dieser Vorgang Bürgermeister von Beust seit dem 10. März bekannt gewesen sei. Es habe weder bei ihm, noch in

seiner Behörde Fehler gegeben, sagte der 51-Jährige.

Die Affäre hatte sich dann in der vergangenen Woche zugespitzt: Ole von Beust hatte bereits einen der höchsten Beamten der Stadt entlassen, den Staatsrat der Sozialbehörde, Klaus Meister (SPD). Meister habe „die persönliche Verantwortung für Unregelmäßigkeiten in seiner Behörde“, sagte von Beust dazu.

Die Weitergabe der Protokolle ist nach dem Gesetz über Untersuchungsausschüsse verboten, denn mit den Unterlagen könnten sich

Senatoren oder Beamte auf ihre Befragung durch den Untersuchungsausschuß vorbereiten. Auch Kuschs Justizbehörde hatte diese Protokolle widerrechtlich erhalten, von dort waren sie sogar an Personen außerhalb der Behörde weiterge-

leitet worden. Ob Kusch von diesen Vorgängen wusste, ist unklar.

Der Untersuchungsausschuss beleuchtet auf Antrag der Opposition die Vorgänge in einem geschlossenen Kinderheim, das von der CDU-Regierung eingerichtet worden war. Was als Erfolg der CDU-Hardlinerpolitik geplant war, geriet aber außer Kontrolle: Immer wieder waren Kinder geflohen, außerdem gab es Beschuldigungen gegen Mitarbeiter des Heims in der Feuerbergstraße.

Seit Jahren steht Kusch wegen einer ganzen Reihe von Vorfällen in der Kritik, er hatte etwa ohne Absprache in der Partei die Abschaffung des Jugendstrafrechtes gefordert und war für die Freigabe der Sterbehilfe eingetreten.

• KARL-H. WALLOCH

Ole von Beust feuerte Justizsenator

Gibt es in Peking 2008 wieder eine Medaille?

Diese Frage beschäftigt nicht nur die Fans der Ausnahmethletin Birgit Fischer. Auch ihre Kontrahentinnen im Lager des deutschen und internationalen Kanurennensports sind gespannt.

Wie in einem Trainingstagebuch 2003/4 beschreibt Birgit Fischer ihren anstrengenden, aber am Ende auch erfolgreichen Weg zur olympischen Silber- und Goldmedaille in Athen.

Starker Wille und Selbstdisziplin, gepaart mit der Lust auf den späteren Erfolg, versetzte die sprichwörtlichen Berge. Ohne die hervorragenden sportlichen Leistungen der Birgit Fischer schmälern zu wollen, ist dieses Buch auch eine Kritik an deutscher Sportpolitik. Denn wie sonst ist es zu erklären, dass eine 42jährige Sportlerin in einer Schnellkraft- und Ausdauerart, der dafür körperlich gewiss besser gerüsteten Jugend



zeigt, wo der Hammer hängt? Ich freue mich schon heute auf ihre hoffentlich siebente Olympiateilnahme als Rennkanutin.

• R. FIEBELKORN

Birgit Fischer: *Mein Weg zum Gold*. Delius Klasing Verlag Bielefeld 2006. 208 S., 19,90 Euro

Anzeige

BÜROMÖBEL
www.buero-richter.de

Weißrusslands Wahl

Nun fanden wieder einmal Wahlen in einem ehemaligen sozialistischen Staat statt. Wie erwartet holte man nach Vorliegen des Wahlergebnisses zum großen Rundumschlag aus. Sowohl westliche Politiker als Medien bliesen unisono in das gleiche Horn. Dieses Votum der Wähler konnte, durch ihre Westbrille betrachtet, einfach nicht „demokratisch“ erzielt worden sein. Der Hintergrund der Hasstiraden des Westens liegt auf einer ganz anderen Ebene. In den USA und der EU wird grundsätzlich nur ein Wahlergebnis akzeptiert, das ihnen genehm ist. Alles andere ist nicht demokratisch legitimiert.

Es geht wieder einmal um nicht mehr und nicht weniger als um die Veränderung von Machtverhältnissen durch unerlaubte Einflussnahme von außen. Aber Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates hat ja den Westen noch nie geschert (siehe u. a. gegen die DDR!). Nun wird bereits wieder der Knüppel geschwungen und mit Sanktionen und anderen Strafmaßnahmen gedroht. Aber so ist das eben mit der vielgepriesenen westlichen Demokratie.

Nebenbei ist interessant, dass der Kandidat der Opposition Milinkewitsch bereits kurz nach der Wahl „die Annullierung des Wahlergebnisses mit Hilfe des Auslands“ forderte.

Weißrusslands Bürger wissen schon recht gut, wen sie gewählt haben, gewarnt durch das Beispiel Ukraine, wo das Gegenteil von dem eingetreten ist was man von der Opposition erwartete.

G. FLEISCHHAMMER, LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die Redaktion

Zu LN 6'06: NATO gelandet

Brummen des russischen Bären kaum vernehmbar

Die Landung des Riesenvogels „Antonow“ erfolgte nicht nur gerade rechtzeitig, um deutsche Soldaten zum nächsten Einsatz in den Kongo zu fliegen, sie erfolgte auch zu einem historischen Datum: 50 Jahre nach Gründung der Luftwaffe der BRD (31. März 1956). Zu ihren Traditionshelden gehörten und gehören u. a. Jagdflieger wie Werner Mölders, der schon in der Legion Condor eingesetzt war und am Ende die Brillanten zum Ritterkreuz erhielt, und der Edle von Tiedler, der an To-

desurteilen gegen polnische Hitlergegner beteiligt war.

Nun wird diese Tradition auch in Leipzig heimisch.

Die Landung brach das Völkerrecht. Mit dem 2+4-Vertrag erkaufte sich die Kohl-Regierung die außenpolitische Bedingung für die „Wiedervereinigung“. Der Artikel 2 legt fest, dass von Deutschland kein neuer Krieg ausgehen darf. Der Artikel 5.1 bestimmt, dass auf dem Territorium der früheren DDR keine Einrichtungen der NATO stationiert werden dür-

fen. Mit den Rechtsbrüchen in Leipzig setzt die Bundesregierung den verhängnisvollen Weg fort, der zu internationalen Konflikten führen wird.

Es ist wahr und bedauerlich: Das Brummen des russischen Bären ist kaum vernehmbar. In anderen Hauptstädten wie Prag und Warschau grummelt es lauter.

Roman Herzog formulierte als Bundespräsident: Schuldig ist auch, wer Unrecht zulässt.

Gilt das noch?

HORST SCHNEIDER,
DRESDEN

Ich bekomme Eure Zeitung auf Umwegen (und dadurch natürlich auch verspätet), nachdem sie schon von anderen gelesen, mit vielen Anmerkungen versehen und manchmal durch Ausschnitte nicht mehr vollständig ist. Trotzdem beneide ich die Leipziger um so eine lebendige, frische, parteiliche, interessante Zeitung.

Als erstes lese ich die Fundsa- chen auf der letzten Seite und die Beiträge von Klaus Huhn. Ihr kennt eure große Stadt offen-

Hostien für alle!

sichtlich, nennt die Probleme beim Namen und macht doch nicht klein-klein.

Den Anlass, Euch endlich einmal zu schreiben, bot eine „Fundsache“ in der Ausgabe 5'06. Dort wird das Bayrische Fernsehen über die Seligsprechung der Therese Neumann zitiert. Wenn die Frau wirklich 35 Jahre ausschließlich Hostien

gegessen hat, wäre das doch eine tolle Methode, die Hertz-IV-Empfänger, bei denen das Geld vorne und hinten nicht reicht, zu ernähren. Ich weiß zwar nicht, was eine Hostie kostet und wieviele die fast selige Therese am Tag brauchte, aber bei Großaufträgen wird die Herstellung ja noch billiger.

Ich will keinem wirklich gläubi-

gen Christen zu nahe treten, aber Biologie bleibt Biologie. Wenn ich nur an die fehlenden Ballaststoffe für die Verdauung denke ... Dennoch, über die Möglichkeit einer so bescheidenen Volksspeisung sollten die Herren, die dem Volk dauernd Lohn- und Anspruchszurückhaltung empfehlen, vielleicht doch ernsthaft nachdenken. Sie schrecken ja sonst auch vor keiner Peinlichkeit zurück.

BRIGITTE BUTZKE
NEUBRANDENBURG

Mit ihrer am 1. April eröffneten neuen Sonderschau leistet sich das Leipziger Naturkundemuseum im 100. Jubiläumsjahr einen Spass, der auch den Betrachter in seinen Bann ziehen und zum Schmunzeln bewegen dürfte. Dank der Zusammenarbeit mit dem Lehrmittelhersteller Dieter Luksch aus München nehmen hier der bayrische Wolpertinger und ähnliche Fabeltiere unterschiedlichen Aussehens sowie damit verbundene Utensilien Gestalt an. Der Besucher wird mit dem Mythos eingehend bekanntgemacht – den Erscheinungsformen, der Verbreitung und der Lebensweise der bayrischen Wolpertinger und ihrer unter den wunderbarsten Namen existenten Verwandten (Elwedritsch, Dilldapp, Dergl, Rasselbock) in anderen Gegenden Deutsch-

Im Naturkundemuseum:

Wolpertinger und Verwandte



lands sowie den gebotenen Umgang mit ihnen. So sollte man, wenn man unverhofft einen Wolpertinger trifft, erstens leise die

bayrische Nationalhymne summen, das beruhige das Tier und zweitens in verhaltenem Ton den Bannspruch „Kreis, Kreißl, Kreis, mach jetzt bloß koan Scheiß“ sprechen. Jeder reinrassige Wolpertinger versteht bayrisch und zieht sich sofort zurück. Neben den Fabelwesen werden eine Reihe real existierender, aber ausgestorbener oder selten gesehener wunderlicher Tiere, wie der Vogel Rock, Nasobeme und andere, in Körpergröße oder als Abbildung dargestellt.

Die Ausstellung ist bis zum 18. Juni zu sehen.
• G. L.

NATÜRLICH IST IHNEN nicht entgangen, dass derzeit im Lande viel um Gedenkstätten gestritten wird und die Wanderer können da ein gutes Wort mitreden, weil ihr Weg oft an Gedenkstätten vorüberführt. Der Streit gilt heutzutage vor allem der Frage, welche Gedenkstätten neu geschaffen werden sollten, um an das „Unrecht des Unrechtsstaates DDR“ zu erinnern und welche eingeebnet werden sollen, weil sie „nur“ an Kommunisten erinnern. Was muss ich Ihnen das alles erzählen, Sie kennen die Misere. Neulich kamen wir durch den märkischen Barnim und dort hatte sich eine Arbeitsgemeinschaft „Gedenkstätten“ der PDS an die Arbeit gemacht und akribisch die Gedenkstätten des Kreises aufgelistet. Das reichte vom Marx-Denkmal in Basdorf bis zur Gedenkstätte in Zepernick, auf der an neun Antifaschisten erinnert wird, die im Kampf gegen die Faschisten ihr Leben gelassen hatten. Wir machten uns auf den Weg, kamen durch Bernau – wo das Denkmal am Bahnhofsvorplatz geschleift und abgerissen werden sollte,

was eine Mehrheit der städtischen Abgeordneten jedoch verhinderte – während in Altenhof die Pieck-Skulptur beseitigt wurde. „Verbleib unbekannt“ ermittelten die Denkmalforscher. Dafür stießen sie in anderen Orten auf viele erhaltene und auch auf gepflegte Gedenkstätten. Wand-

Wanderungen durch Neufünfland

litz, wo man 1999 einen Thälmann-Gedenkstein beseitigte, war eine der unrühmlichen Ausnahmen. Wir kamen jedenfalls zu dem Schluss, den Barnimer Genossen zu danken und anderen ähnliche Listen zu empfehlen.

WIR WANDTEN UNS ANHALTISCHEN zu und sahen uns augenblicklich mit der harten Gegenwart konfrontiert. Dort werden Spargelstecher gesucht, nachdem beschlossen worden war, nur noch 80 Prozent Polen oder andere Osteuropäer zu beschäftigen. Ein Rentner, der seit Jahren verzweifelt Arbeit für seinen 38jährigen Sohn suchte, stellte konsterniert fest, dass man den gar nicht

dafür nehmen wollte. Die Ausreden der Agentur für Arbeit waren skandalös. Daraufhin rief der Rentner selbst an, aber die Antworten, die man ihm gab, waren nicht freundlicher. Die beiden riefen die örtliche Zeitung zu Hilfe. Die stellte fest, dass mindestens zwei Betriebe Spargelstecher

Spargelstechende Amigowirtschaft

suchten. Die Agentur für Arbeit hatte wieder nur alberne Ausreden bei der Hand. Dann kam ein Anruf, der Hilfe zumindest nicht ausschloss. Die beiden kamen jedenfalls zu dem Schluss: „Freie Stellen werden nur an Bekannte und Verwandte gegeben.“ War man nicht gerade im Bundestag dabei, die Bürokratie abzubauen? Auf denn nach Stendal!

WIR HIELTEN DIE SACHE für umso dringlicher, weil in der Altmark wenig Optimismus unter den Arbeitslosen verbreitet ist. Auf eine freie Stelle kommen dort 34 Bewerber, oder mathematisch noch deutlicher: Für 26 365 Arbeitslose wären 2197 freie Stellen zu vergeben. In

der dortigen Gegend rühmt man allerdings auch „Leuchttürme“: In Klötze liegt die Arbeitslosigkeit bei „nur“ 16,8 Prozent und dann will man noch eine Kartoffelpüree-Firma eröffnen, die 100 Arbeitsplätze offeriert. Allerdings wohl erst im nächsten Jahr.

• KLAUS HUHN

HERZLICHEN
DANK!
Ohne Ihre
Spenden läuft
nicht viel

LEIPZIGS NEUE dankt allen Leserinnen und Lesern, die uns in den ersten drei Monaten dieses Jahres mit Spenden unterstützt haben. Sie haben uns geholfen, die materiellen Mittel für die Renovierung eines Arbeitsraumes zu beschaffen und eine Verbesserung unserer technischen Grundausstattung vorzunehmen.



☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Montag, 10. April, 18 Uhr, Leipzig
 Buchvorstellung: *Mein Brecht. Erinnerungen*. Mit dem Autor Prof. Dr. Ernst Schumacher, Schwerin bei Berlin Harkortstr. 10

Dienstag, 11. April, 15 Uhr, Dresden
Vom Elend historischer Selbstkritik. Partei – Staat – bürokratische Kaste. Mit Prof. Dr. Helmut Bock, Berlin. In Zusammenarbeit mit der Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik Bw-Standortverwaltung, August-Bebel-Str., Block A. R. A32

Mittwoch, 12. April, 19 Uhr, Dresden
 Vortrag und Diskussion: *Die extreme Rechte in der EU*. Mit Prof. Dr. Karl-Heinz Gräfe. TU Dresden, Hörsaalzentrum, Bergstr. 64

Mittwoch, 19. April, 19 Uhr, Dresden
Polens Linke vor dem Neubeginn. Chancen – Risiken – Akteure. Mit Dr. Holger Politt, Warschau „WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Sonabend, 22. April, 10 Uhr, Hoyerswerda
 Kolloquium: *Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG. Aufgaben, Chancen, Probleme und Perspektive; ihre historische und internationale Bedeutung*. Mit Bodo Ramelow, MdB, Dr. Bernd Ihme u. a. *** Lausitzhalle, Lausitzer Platz 4

Sonabend, 22. April, 10 Uhr, Leipzig
Mitgliederversammlung. Ratskeller, Lotterstr. 1

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt. Die Veranstaltungen sind für jedermann offen.

Deutscher Freidenker-Verband
 Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

20. 4., 16.30 Uhr: „Postmoderne“ oder moderne Weltansicht des 21. Jahrhunderts. Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. H. Pickert

Initiative Christliche Linke

10. 4., 18 Uhr, Gemeindesaal der Nikolaikirche Leipzig: Die Theologin Bettina Reichelt spricht zu *Im Zentrum und doch am Rande – Die Leipziger Straßenzzeitung „Die Kippe“*.



VdN – BdA

Am **15. 4., 10 Uhr** findet an der Gedenkstätte Lindenthal die Ehrung der am 11. April 1945 ermordeten 33 sowjetischen, 11 polnischen und 10 deutschen Bürger statt. Die Gedenkkreden werden vom polnischen Konsul, Herrn Lech, und dem Ehrenvorsitzenden des VdN/BdA Sachsen, Hans Lauter, gehalten. Die Einwohner Leipzigs werden gebeten, an der Feierstunde teilzunehmen. Treffpunkt: 9.45 Uhr, Karl-Marx-Platz, Lindenthal.

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

20. 4., 19 Uhr, Konzert: *All meine alten Lovestories*. Mit Angelika Neuschel (Chansons) und Irene Wittermann (Flügel). Eintritt: 6 Euro, mit Leipzig-Pass 3 Euro

Theatrium

Leipzig, Miltitzer Allee 52

19. und 20. 4., 15 Uhr: *König Ubu und die Angst*. Gastsp. „Die Hofnarren“, Akazienhof Halle

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im April neu bei uns:

Klaus Blessing, Eckart Damm, Matthias Werner: *Die Schulden des Westens*. Selbstverlag, 9,90 Euro

Egon Krenz: *Widerworte*. Aus Briefen und Zeugnissen 1990 bis 2005. edition ost, 14,90 Euro

Susan George: *Change It!*. Anleitung zum politischen Ungehorsam. Droemer/Knaur, 16,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
 ☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
 www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
 FSD PhR Friedrich Roßner
 Fachapotheker für
 Allgemeinpharmazie
 Karlsruher Straße 54
 04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
 Arzneimittel-Information
 Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
 Büro / Apothekenleiter

Wir trauern um unseren Genossen

Siegfried Sallowsky

Basisorganisation Kirow

Die Beisetzung findet am Freitag, dem 21. April 2006, um 9:00 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Die Regionalgruppe Leipzig der Initiative Christliche Linke betrauert den Tod eines ihrer engagiertesten Mitgliebes

Lilli Naumann

Sie fühlte sich den Visionen einer gerechten, humanen und friedlichen Welt eng verbunden. Wir werden sie nicht vergessen.



Mag uns der Wind der Marktwirtschaft auch noch so beuteln. Wir stehen! Leicht gekrümmt. Aber wir stehen. Auch dank Ihrer Hilfe – die wieder einmal dringend nötig ist!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
 Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort
 evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT
 (nur extra auszufüllen, wenn dies ein **Geschenkabonnement** ist)

Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

- Studierendenabo** (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Probeabo** (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündigt.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut
 BLZ
 Kontonummer
 Kontoinhaber
 Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
 Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.
 2. Unterschrift des Auftraggebers

Maxi Wartelsteiner

Das Schlagloch im Wandel der Zeiten

Wir haben in Leipzig einen Rechtsanwalt, der zugegeben ein richtiger Linksanwalt ist, und der feixt seit Jahr und Tag, weil die Gelegenheiten dazu ja auch so überaus reichlich sind: „Alles schon mal da gewesen. Bloß die Vorzeichen sind anders, seinerzeit lag halt jeder Schlamassel am Politbüro ...“ Das Politbüro gibt es zwar nicht mehr, jedenfalls nicht mehr in seiner ursprünglichen personellen Zusammensetzung, aber Regierende haben wir natürlich schon noch. Und natürlich auch die Feinde eines jeden Staatswesens, nicht nur des sozialistischen, wie einst spöttelnde DDR-Bürger glaubten: nämlich Frühling, Sommer Herbst und Winter.

Nun ist das Thema – betrachten wir allein die Kraterlandschaften, die uns dieser Winter hinterlässt – sehr ernst. Aber ich geb es ehrlich zu, ein bisschen hämisch bin ich schon. Das hängt mit meinem sehr innigen, erlebnisgeprägten Verhältnis zu Schlaglöchern zusammen. Es entwickelte sich im Leipzig der schönsten Perestroika-Zeit, also irgendwann zwischen 1986 und 1989. Meine damalige Arbeitsstätte, die Bezirkszeitung der SED, hatte einen Brief bekommen, in dem ein Leser allerhand Mängel unseres Alltags aufzählte und dazu ausführte, wie einfach sie doch zu beseitigen seien. Man müsste zum Beispiel nur von Freunden lernen. Er führte an, wie in der Tschechoslowakei nach jedem Winter sehr sorgsam ans Ausbessern der Schlaglöcher gegangen werde. Nicht wie bei uns, mit dem Besen bisschen Dreck rauskehren, ein paar Schaufeln Bitumen drauf, glatt walzen, wenn's hoch kommt, und fertig ist

die Chose bis zum nächsten Winter. Der habe mit dem ausgefranst verfallenen Loch ein leichtes Spiel. In der CSSR dagegen werde das Loch sauber ausgeschnitten, der Asphaltrest herausgebrochen, meist noch ein Fugenband am Rand verschweißte und neu aufgefüllt. Das halte dann auch.

Neuerideen standen in der DDR ja hoch im Kurs, also bereitete ich den etwas langen Leserbrief zum Druck vor, in dem ich



Karikatur: M. Dobisch

drei der Beispiele auswählte, die Schlaglochsache war natürlich dabei. Das Manuskript kam zurück mit der an den Rand geschriebenen Bemerkung meines Chefs: „Im Land der verwirklichten Menschenrechte sind drei Kritikpunkte zuviel“. Ich schrieb zurück, bis wir alle Menschenrechte verwirklicht haben, könnten wir den Brief aber nicht liegen lassen. Wie gesagt, es war die Zeit von Glasnost und Perestroika und beim Chef lagen die Ner-

ven wegen seiner aufmüppigen Journalisten eh schon blank. Also einigte ich mich mit ihm, harmoniesüchtig wie ich damals war, die Sache auf zwei Kritiken zu reduzieren. Die Schlaglochsache blieb drin.

Dann Anfang 1991, die Westunternehmer flogen in Scharen bei uns ein und behackten Journalisten mit ihren Wünschen. Sie benutzten uns, die wir in solchen PR-Dingen unerfahren waren, als Einfallstor, um bei Verteilern von öffentlichen Aufträgen bekannt zu werden. Mich also lud ein Straßenbauunternehmer aus Hamburg zum Mittagessen ein und erklärte mir dabei, wie kriminell dumm wir unsere Schlaglöcher ausbessern würden. Zeit, dass Betriebe wie der seine, die Sache übernehmen. Man müsse die Löcher ordentlich quadratisch aufschneiden – usw., siehe oben. Ich war fasziniert und schrieb ihm diese für ihn kostenlose Werbung ins Blatt.

Was die Straßen hinaus auf mein Dorf 15 Kilometer hinter Leipzig betrifft und viele andere Straßen in Leipzig auch: Ihnen wurden seither wie eh und je im Frühjahr, egal ob von Ost- oder Westfirma, die Löcher ausgekehrt, bisschen Asphalt drauf, und wenn es eine Hauptverkehrsstraße war, rollte noch eine Walze drüber.

Nun also das Jahr 2006 und wir haben soviel Schlaglöcher, dass Leipzigs Tiefbauamtsprecher dieser Tage eine besonders traurige Bilanz ziehen musste. Voraus aber schickte er des Merkens Wertes: „Ich bin jetzt seit 37 Jahren hier.

Aber ich kann mich nicht erinnern, dass wir Straßenabschnitte wegen der Winterfolgen sperren mussten.“ In dieser Zeit lag immerhin der Jahrhundertwinter von 1978 auf 1979.

Aber zurück zu seiner 2006er Bilanz: „Uns ist das Geld für die Straßenunterhaltung drastisch gekürzt worden. Im Vergleich zu 1994 haben wir heute nur noch 23 Prozent der Mittel zur Verfügung“. Im Klartext, statt 7,3 Millionen Euro stehen noch 1,7 Millionen im Leipziger Etat. Und das bei einem dank der Eingemeindungen verdoppelten Straßennetz. Nun hat Leipzig demnächst aber ein paar Fußball-WM-Vorrundenspiele. Dafür wurden unter der Event-Ägide des entflochtenen OBM Tiefensee monströse Straßenbauten geplant und teilweise umgesetzt – fertig wird nicht mal alles. Das verschlang Wahnsinnssummen. Die fehlen natürlich, um den Schlaglöchern Paroli zu bieten.

Für Leipzig bleibt, dass allein die Beseitigung der Winterschäden eine Million Euro kostet (von wie gesagt einem 1,7-Millionen-Etat für das ganze Jahr). Eine Summe, die noch dazu darauf konzentriert ist, dass zur WM auf den Hauptverkehrs- und Haupterschließungsstraßen keine Schlaglöcher mehr zu finden sind. Methode: auskehren, auffüllen, breitwalzen.

Was die geplanten und nun schon fast völlig aufgebrauchten Mittel für die Nebenstraßen-Schlaglöcher, für die Wertehaltung des 1597-km-Straßennetzes oder zum Beispiel für die Reinigung von Regenwasserabflüssen betrifft – nun ja ... Das Politbüro ist dafür jedenfalls nicht als der Schuldige auszumachen.



Wie heißt Juri Gagarin mit Vatersnamen?

Auf welches Datum bezieht sich die Bekleidungsbeschriftung dieses Moskauer?



Lösungsspiegel :

1901 April 15 - 1901

FUNDSACHEN

Wenn ich Tiefensees Heimatschachtel auspacke, kann ich gut verstehen, warum die Leute abgehauen sind.

Kabarettist Bruno Jonas
Scheibenwischer ARD
23. 3. 2006

Die jetzt vorgelegten Einwanderungsfragebögen können wie in der Fahrschule auswendig gelernt werden. Damit finde ich aber nichts raus.

MDB Renate Künast
Tagesschau 23. 3. 2006

Die WASG ist hier der Angstgegner der SPD, denn seit Kurt Beck ist die SPD in Rheinland-Pfalz keine linke Partei mehr.

Reporter
DLF Morgenmagazin 23. 3. 2006

...so wäre Schach auch eine Wiederentdeckung der in unserer Zeit verlorengegangenen Muße dienlich. Ohne sie kann es weder Lust am Denken, geschweige denn verantwortungsbewusstes strategisches Denken geben. Als Gegenbeispiel sei nur auf die Computerspiele und Gameboys verwiesen, mit denen schon jungen

Menschen die Ruhe des Nachdenkens abgewöhnt und durch hektisches Handeln ersetzt wird.

Ex Daimler-Chef Edzard Reuter
ND 25./26. 3.

Der Mensch ist kein Homo-Oeconomicus, der nur für die Wirtschaft da ist.

Morgenandacht
DLF 26. 3. 2006

Wir sind satt und zufrieden, vor lauter Geborgenheit haben wir kein intaktes Alarmsystem mehr, das zwischen echten Gefahren und medialen Skandalisierungen unterscheiden kann. Das Magazin Heft 4/2006

Jetzt muss auch mal gestorben werden.

(jetziger Bundespräsident Horst Köhler als Ministerialbeamter 1992 zu Stilllegungen ostdeutscher Betriebe)
Feature mdr 1. 4. 2006

Unterhalb der Ruhe, die die große Koalition ausstrahlt, brodelte es in dieser Gesellschaft.

Presseclub ARD 2. 4.
• gefunden von
JOACHIM MICHAEL



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: leipzig_neue@t-online.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung,
Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.
Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

4. April
Die nächste Ausgabe erscheint am
21. April

Spendenkonto
für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig,
BLZ: 860 555 92,
Konto: 11 50 11 48 40